



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

Das türkische Militär. – Die Transformation des  
Selbstverständnisses und die Suche nach einer  
neuen Rolle

Verfasserin

**Emine Yildiz**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. Phil)**

Wien, im November 2010

Studienkennzahl: A300  
Studienrichtung: Politikwissenschaft  
Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

## Vorwort



Meinem Cousin Ahmet Özel gewidmet, der am 16. Mai 1980, im letzten Semester seines Studiums, bei Auseinandersetzungen zwischen linken Gruppierungen in Ankara getötet wurde.

Die 1970er Jahre der Türkei waren von politischer Instabilität geprägt. Insgesamt kam es von März 1971 bis zur Militärintervention am 12. September 1980 zu elf Koalitions- und Minderheitsregierungen, die sich einander ablösten. Ende der 1970er und Anfang der 1980er eskalierten die Auseinandersetzungen derart, dass die Kämpfe zwischen den Linken und Rechten Gruppierungen täglich 20 bis 30 Tote forderten. Auch gab es laut Zeitzeugen innerhalb der linken Gruppierungen Meinungsunterschiede, die zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt haben, denen auch mein Cousin mit mehreren Schüssen aus einer Waffe zum Opfer fiel.

Sein Tod bedeutete für unsere Familie eine große Tragödie. Immerhin war er der erste in der Familie, der ein Studium abgeschlossen hätte, um so auch Vorbild, für mich und andere in der Familie zu sein. Meine Tante hat den Tod ihres Sohnes nie verkraftet und dieser Kummer hat auch sie sehr früh von uns genommen. Ich kenne ihn leider nur aus Erzählungen. Meine Mutter erzählte mir, dass er mich bei seinem letzten Besuch, zum Kinderfest<sup>1</sup> gebracht hat. Damit ich alle Geschehnisse dort sehe, hat er mich über das ganze Fest hinweg auf seinen Schultern getragen. Kurz darauf fuhr er wieder nach Ankara und kam nie wieder zurück.

---

<sup>1</sup> Das Kinderfest ist ein Fest, das 1920 zur Parlamentseröffnung von Mustafa Kemal Atatürk ausgerufen wurde. Seitdem wird es landesweit von den Kindern gefeiert und hat sich im Laufe der Zeit zu einem internationalen Fest entwickelt.

Sein Verlust hat mich schon sehr lange beschäftigt und mich dazu inspiriert über diese Zeit in der Türkei zu schreiben.

## Danksagung

Ich möchte mich in erster Linie bei meiner Familie bedanken, die mich während meiner ganzen Ausbildung unterstützt hat. Speziell bei meinem Bruder, der als Jugendlicher selbst auf vieles verzichtet hat und keine Scheu davor hatte, mir finanziell unter die Arme zu greifen.

Ein ganz besonderer Dank gilt meinem Vater, dem sehr viel daran lag, dass ich ein Studium abschließen, vielleicht auch deshalb, weil ich etwas zu Ende bringen sollte, was seinem Neffen 1980 nicht möglich war. „Teşekkürler Baba! Bu Diploma senin hakkın.“

Mein Dank geht auch an meinen Mann, der einige emotionale Momente erdulden musste, während ich diese Arbeit verfasste, sowie meiner besten Freundin Özlem, die während der Arbeit die Motivator-Rolle übernommen hat und ich nach jedem Gespräch mit ihr erneut ermutigt wurde, weiter zu machen. Auch möchte ich meiner Freundin Eser Akbaba danken, die sich die Zeit nahm, die Arbeit vorab zu lesen und mir wertvolle Inputs gab.

Ein großes Dankeschön geht auch an Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer, der ohne zögern die Betreuung meiner Arbeit übernommen hat und mich stets unterstützte. Es war für mich immer sehr beeindruckend und motivierend, mit welcher Begeisterung und Hingabe Sie die DiplomandInnen betreut haben. Das Glänzen und die Freude in Ihren Augen waren unübersehbar. DANKE!

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>2. Das Militär als „Hüter der Verfassung“ .....</b>	<b>9</b>
<b>2.1 Die Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk.....</b>	<b>9</b>
<b>2.2 Kemalistische Grundprinzipien .....</b>	<b>12</b>
2.2.1 Populismus .....	13
2.2.2 Laizismus .....	13
2.2.3 Nationalismus.....	15
2.2.4 Etatismus .....	17
2.2.5 Republikanismus.....	18
2.2.6 Revolutionismus.....	18
<b>3. Militärische Interventionen und Interventionsversuche .....</b>	<b>19</b>
<b>3.1 Die Ära Adnan Menderes .....</b>	<b>19</b>
3.1.1 Der Fall der CHP-Regierung .....	19
3.1.2 Aufschwung und Fall der Wirtschaft unter DP .....	20
3.1.3 Die Gefährdung des säkularen Charakters des Regimes .....	23
3.1.4 Intervention vom 27. Mai 1960 .....	25
3.1.5 Die Ursachen der Intervention .....	28
3.1.6 Die Verfassung von 1961 .....	30
3.1.7 Rückkehr zum politischen Alltag .....	32
<b>3.2 Die Ära der vielen Koalitionen und den gescheiterten     Putschversuchen .....</b>	<b>34</b>
3.2.1 Putschversuch durch General Aydemir .....	35
3.2.2 Regierungsübernahme durch Süleyman Demirel .....	36
<b>3.3 Militärintervention vom 12. März 1971 .....</b>	<b>38</b>
<b>3.4 Die Instabilität der 1970er .....</b>	<b>41</b>
3.4.1 Die Rücktritte der Staatschefs .....	41
3.4.2 Die Neugründung der islamistischen Partei .....	42
<b>3.5 Die dritte Militär Intervention am 12. September 1980 .....</b>	<b>46</b>

<b>4. Auf dem Weg zu einem demokratischen Staat.....</b>	<b>52</b>
<b>4.1 Die Ära Özal von 1983 bis 1997 .....</b>	<b>52</b>
<b>4.2 Die Ära der Koalitionsregierungen.....</b>	<b>53</b>
<b>4.3 Der Postmoderne Putsch von 1997.....</b>	<b>55</b>
<b>5. Reformen und Neuordnung der Mächte.....</b>	<b>60</b>
<b>5.1 Beginn der AKP Ära.....</b>	<b>60</b>
<b>5.2 EU-Heranzführungsprozess der AKP .....</b>	<b>62</b>
<b>5.3 Zivilmilitärische Beziehungen unter Büyükanit.....</b>	<b>66</b>
<b>5.4 Das e-Memorandum vom 27. April 2007 .....</b>	<b>67</b>
<b>5.5 Neuwahlen .....</b>	<b>70</b>
<b>5.6 Die Tagebucheinträge eines pensionierten Admirals .....</b>	<b>71</b>
<b>5.7 Die Causa „Ergenekon“ und Verhaftung von Militärmitgliedern...73</b>	
<b>5.8 Das Referendum vom 12. September 2010 .....</b>	<b>76</b>
<b>6. Transformation des Militärs.....</b>	<b>78</b>
<b>6.1 Faktoren die ihre Rolle bestätigen .....</b>	<b>78</b>
6.1.1 Zypernkrise .....	78
6.1.2 PKK: Eine eigene Kurdenproblematik des Militärs? .....	80
<b>6.2 Faktoren die ihre Rolle relativieren .....</b>	<b>85</b>
6.2.1 Das Ende des kalten Krieges .....	85
<b>7. Militärische Einrichtungen.....</b>	<b>86</b>
<b>7.1 MGK „Milli Güvenlik Kurulu“ - Der Nationaler Sicherheitsrat .....</b>	<b>86</b>
<b>7.2 OYAK - Gründung eines Armeeunternehmen .....</b>	<b>87</b>
<b>8. Zusammenfassung.....</b>	<b>89</b>
<b>9. Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>94</b>
<b>10. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>96</b>

# 1. Einleitung

Die Entwicklung des türkischen Staates hat seit seiner Gründung im Jahre 1923 eine einzigartige und zu gleich spannende Geschichte. Die Türkei verfolgt konsequent seit ihrer Staatsgründung eine Annäherung an den Westen. Unbestritten hat das Militär eine dominierende Rolle im politischen System der Türkei und beim demokratischen Fort- bzw. Rückschritt des Landes. Das türkische Heer versteht sich seit Jahrzehnten als „Hüter der Verfassung“ und die Generäle haben keine Scheu davor, jeweils direkt in den Jahren 1960, 1971 und 1980 in die politischen Geschehnisse einzugreifen, eine neue Verfassung zu erlassen und über Neuwahlen eine neue Regierung wählen zu lassen. Auch 1997 wurde mit dem erzwungenen Rücktritt der Erbakan Regierung ihr Einfluss erneut zur Geltung gebracht.

Bei der letzten Präsidentschaftswahl Abdullah Gül's im April 2007 wurde das im Vorfeld veröffentlichte „Memorandum“ des Generalstabs von vielen Medien als Putschdrohung gedeutet.

Darüber hinaus bestimmen die jüngsten Entwicklungen seit Anfang 2009 die türkische Innenpolitik. Neben dem Verbotsverfahren gegen die AKP gilt der „Ergenekon“ Skandal, bei dem hochrangige Ex-Militär Mitglieder verhaftet wurden, als eine Zuspitzung des politischen Machtkampfes zwischen dem Militär und den Regierungsinhabern.

Die Bevölkerung sieht die Armee als „die einzig funktionsfähige, gut ausgebildete, nicht korrupte und vertrauenswürdige Institution in der Türkei.“<sup>2</sup> Umfragen zufolge aus dem Jahr 2000 unterstützen 66 Prozent der türkischen Bevölkerung folgende Aussage: „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss.“<sup>3</sup> Demnach sieht

---

<sup>2</sup> „Türkei – Militär“, In: Centrum für angewandte Politikforschung CAP, <http://www.cap-lmu.de> (Stand 10.08.2010)

<sup>3</sup> ebd.

die türkische Bevölkerung zwar die Demokratie als die beste Staatsform, wünscht sich aber trotzdem eine starke Rolle der Armee. Das Militär hat in den weiten Teilen der Gesellschaft eine besondere Stellung und genießt ein hohes Ansehen.

Aktuell verfügt die Türkei über 514.000 Streitkräfte, was im internationalen Vergleich Rang 5 bedeutet.<sup>4</sup> Damit ist die Türkei militärisch gesehen nach den USA das zweitstärkste Land in der NATO. Das Budget des türkischen Militärs betrug 2009 über 14,5 Milliarden TL.<sup>5</sup>

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den geschichtlichen Ereignissen, die jeweils einem Putsch bzw. einem Putschversuch vorausgegangen sind. Das türkische Militär hat nach den jüngsten Geschehnissen einen Bedeutungswandel erlitten. Mittlerweile kann ihm nicht mehr die gleiche Rolle, wie bei der Republikgründung unter Mustafa Kemal Atatürk zugesprochen werden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben einiges an der Meinung der Türken geändert. Immerhin haben am 12. September 2010, 57,9 Prozent der Wähler ein „JA“ zur Verfassungsänderung abgegeben, dass auch eine Minderung der politischen Macht der Generäle vorsah. Welche Faktoren zu dieser Meinungsänderung geführt haben, werde ich in meiner Arbeit näher behandeln.

Die Arbeit ist ein Erklärungsversuch, was zu dieser Transformation des türkischen Militärs geführt hat, beziehungsweise was die neue Rolle des Militärs ausmacht.

---

<sup>4</sup> <http://www.globaldefence.net/streitkraefte-der-welt/eurasien/231-tuerkei-turkey.html> (25.07.10)

<sup>5</sup> <http://www.msb.gov.tr/Birimler/MALIYE/html/doc/2009MALIRAPOR.pdf> (25.07.10)



## **2. Das Militär als „Hüter der Verfassung“**

### **2.1 Die Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk**

Mustafa Kemal später auch als „Vater der Türken“ genannt, wurde 1881 im heutigen Thessaloniki geboren und besuchte nach der Grundschule die Militärschule in Monastir und fiel damals schon mit seinem Fleiß, seiner Aufrichtigkeit und seinem großen Eifer auf.

Nach Abschluss der Militärschule besuchte Mustafa Kemal Atatürk die Militärakademie in Istanbul und beschäftigte sich zunehmend mit der schwierigen politischen Situation des Osmanischen Reiches. Obwohl Sultan Abdulhamid in seiner streng monarchischen Führung jede politische Diskussion und Ideenentwicklung verboten hatte, organisierte Mustafa Kemal mit seinen Kameraden geheime Treffen, diskutierte die Lage und suchte nach Lösungswegen, um den drohenden Niedergang des Osmanischen Reiches aufzuhalten.<sup>6</sup>

Die Jahre darauf zog Atatürk in zahlreiche Kriege und war die treibende Kraft in diesen Auseinandersetzungen. Bei einem offiziellen Deutschlandbesuch im Jahre 1917, ergab sich für ihn die Möglichkeit den zukünftigen Thronfolger Vahidettin näher kennenzulernen, was sich für Kemal bezahlt machte. Denn ein Jahr darauf bestieg Vahidettin den Thron und vertraute Mustafa Kemal nach dem Waffenstillstand die Demobilisierung der Truppen in Anatolien an.<sup>7</sup>

Vier Tage nach der griechischen Belagerung in Izmir, lief Mustafa Kemal am 19. Mai 1919 in den Schwarzmeerhafen Samsun ein und traf sich, anstatt die türkischen Truppen zu entwaffnen, mit dem Militärkommandeuren und verfasste eine Widerstandserklärung. Bevor der Palast sich entschied, ihn

---

<sup>6</sup> Menter Şahinler 1997: Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, S. 21

<sup>7</sup> Feroz Ahmad 2003: Geschichte der Türkei, S. 93

seines Amtes zu entheben, legte er seinen Auftrag zurück und reiste nach Ankara und errichtete dort den Hauptstützpunkt der nationalen Befreiungsarmee.<sup>8</sup> Mit seinen gezielten nationalistischen Parolen sicherte er sich breite Unterstützung im Volk. Kemal verstand es den türkischen Nationalismus ganz gezielt einzusetzen und unterstrich, dass die Souveränität ohne Restriktion vom Volk auszugehen hätte und nur auf diese Weise eine neue und moderne Gesellschaft aufgebaut werden könnte. So gelang es Mustafa Kemal den Türken eine neue Identität zu geben und die Türken nannten sich ab sofort nicht mehr „Ümmet“, das soviel wie religiöse Gemeinschaft bedeutet, sondern „Millet“, Nation.<sup>9</sup>

Aus dem Friedensvertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923, indem die türkischen Grenzen neu definiert wurden, gelang es Mustafa Kemal als der großer Retter und Held herauszugehen. Damit erwarb sich Türkei den internationalen Status der Souveränität, was zu diesem Zeitpunkt nur wenigen Staaten in Asien und Afrika gelang.

Im August 1923 wählte man Mustafa Kemal erneut zum Präsidenten der Nationalversammlung. Man entschied sich Ankara zur Hauptstadt des neuen Staates zu machen.<sup>10</sup> Die Gründung der ersten Republik und des modernen türkischen Staates erfolgte am 29. Oktober 1923 und ab diesem Moment gelang es der Türkei, sich als regionale, politische und Institutionelle Macht zu etablieren.<sup>11</sup>

Die Kriege hatten das Land in eine tiefe Krise geführt. „Das 19. Jahrhundert wurde zur Epoche der systematischen ökonomischen Ausbeutung der Türkei durch Europa. An seinem Ende war das Osmanische Reich ein armes

---

<sup>8</sup> Feroz Ahmad 2003: Geschichte der Türkei, S. 95

<sup>9</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 26

<sup>10</sup> Feroz Ahmad 2003: Die Geschichte der Türkei, S. 100

<sup>11</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 26

Entwicklungsland“<sup>12</sup>, das sich während des ehemaligen ottomanischen Großreiches von den Balkanhalbinsel zu den Ländern Arabiens und zur Schwarzmeerregion erstreckte.

Nach Gründung der Republik Türkei konzentrierte man sich auf die Modernisierung der Gesellschaft und orientierte sich an dem westlichen Beispiel.

„Der Verwestlichungsgedanke Atatürk's bestand darin, eine moderne Türkei zu schaffen, die ein Bestandteil der westlichen Zivilisation werden sollte. Daher musste die Türkei den Standard der westlichen Zivilisation auf dem kurzen Weg erreichen, den der Westen in einem längeren geschichtlichen Prozess erreicht hat. Die antiimperialistische Einstellung Atatürk's war gerade das Ergebnis seiner positiven Haltung zum Westen. Nach E. Kongar entwickelte Atatürk eine Ideologie für den Verwestlichungsprozess, die den sozialpolitischen Voraussetzungen der Türkei entsprach.“<sup>13</sup>

Der osmanische Palast sowie das osmanische System wurden abgelöst. Ab nun dominierten Atatürk's Tanzimat Reformprozesse im Sinne einer umfassenden Verwestlichung.<sup>14</sup>

Die Umwälzung, welche als Revolution gesehen wird, gilt als das bedeutendste Ereignis in der türkischen Geschichte. Im Westen Europas hat die Übergangsphase der Demokratie eine sehr lange Zeit in Anspruch genommen. In der Türkei hingegen konnte es Dank Atatürk in einem sehr kurzen Zeitraum vollzogen werden. Die Umorientierung der türkischen Nation in ein vollkommen modernes Staatsverhältnis, das zuvor einem Gedankengut des Orients entsprach, ist als sehr außerordentlich zu

---

<sup>12</sup> ebd., S. 23

<sup>13</sup> Muhittin Demiray 2001: Die regionale Außen und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal, S. 78

<sup>14</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 26

betrachten. Länder der Dritten Welt nahmen sich die kemalistische Bewegung als Vorbild, um ihre Unabhängigkeit zu erlangen, doch ist es ihnen bis heute nicht gelungen die gewünschten Revolutionen umzusetzen, die von den Kemalisten innerhalb weniger Jahre vollzogen wurde.<sup>15</sup>

Mustafa Kemal Atatürk, wird als der „Vater der Türken“ bezeichnet und als herausragender Staatsmann gesehen. Die Türken sagen, dass es ohne ihn den türkischen Staat in den heutigen Grenzen nicht geben würde. Seine Verehrung ist allgegenwärtig: in jedem öffentlichen Amt, in jeder Schulklasse hängt sein Bild; auf fast jedem größeren Platz und Park ist ein Denkmal von Atatürk aufgestellt. Atatürk gegenüber Kritik auszuüben ist ein Tabuthema, weil sich viele Türken sofort persönlich angegriffen fühlen. Jedes Jahr wird zu seinem Todeszeitpunkt, dass am 10. November 1938 um 09:05 Uhr eintraf, wird eine Schweigeminute eingelegt.

## **2.2 Kemalistische Grundprinzipien**

Die sechs grundlegenden und unveränderlichen Prinzipien des Kemalismus auch sechs Pfeile (türk. altı ok) bezeichnet. Diese Prinzipien waren die sechs Pfeile, sind heute noch das Symbol der Republikanischen Volkspartei (CHP) und wurden 1937 in die Präambel des Grundgesetzes der Türkei aufgenommen. Dabei steht jeder Pfeil für ein Attribut:

1. Populismus
2. Laizismus
3. Nationalismus
4. Etatismus
5. Republikanismus
6. Revolutionismus

---

<sup>15</sup> Menter Şahinler 1997: Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, S. 21

### **2.2.1 Populismus**

Der Populismus fordert eine Politik, die im Sinne des Volkes steht, und ist das wichtigste Charakteristikum, das den Kemalismus deutlich von anderen Ideologien abhebt. In diesem Prinzip wird Ausbildung, Erziehung und Aussöhnung der ganzen Bevölkerung und das Nichtvorhandensein von Klassengegensätzen zwischen Bauern und Arbeitern auf der einen und der Elite auf der anderen Seite gefordert. Dazu wurden Titel und Privilegien die während dem Osmanischen Reich geherrscht haben aufgehoben, um so eine Gleichberechtigung, innerhalb der Gesellschaft zu schaffen und den Mitgliedern der „Normalbevölkerung“ eine Partizipation an wichtigen Angelegenheiten des Landes zu ermöglichen. Die Gleichberechtigung galt auch in Bezug auf die Gleichstellung von Mann und Frau.<sup>16</sup>

„Mustafa Kemal Pascha erläuterte in seiner Rede sein Verhältnis zum Volk folgendermaßen: Meine Herren! Nach der Abschaffung des Sultanats und der Verdrängung des Kalifats in die Bedeutungslosigkeit war es entscheidend, mit dem Volk in engen Kontakt zu kommen, seine Psychologie und ideelle Vorstellungswelt ein weiteres Mal zu studieren... mit eben diesem Ziel machte ich mich am 10. Januar 1923 von Ankara aus zu einer Reise nach Westanatolien auf. (...) Alle mir in Anatolien gestellten Fragen beantworte ich in meinen Vorträgen.“<sup>17</sup>

### **2.2.2 Laizismus**

Auf dem Weg zur Modernisierung ist der Laizismus das wichtigste Prinzip der Kemalisten und vollzog eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion. „Bis dahin hatte der Islam als Staatsreligion jahrhundertlang in allen Bereichen des Gesellschaftslebens einen entscheidenden Einfluss gehabt und

---

<sup>16</sup> Menter Şahinler 1997: Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, S. 68

<sup>17</sup> ebd, S. 68

wurde durch seine Interpretation und Anwendung im Interesse der herrschenden Klasse zur wichtigsten Stütze aller Privilegierten und zugleich zum Schutzobjekt der Reaktion. Der Laizismus wurde mit folgender Formulierung in das Parteiprogramm aufgenommen: Die Partei bekennt sich zu dem Prinzip, dass die Entstehung und Anwendung aller Gesetze, Verordnungen und Methoden auf der Grundlage des neuesten Standes von Wissenschaft und Technik und entsprechend den Bedürfnissen des Jahrhunderts zu erfolgen habe. Die Religion ist Gewissenssache“<sup>18</sup> und soll in Zukunft eine private Angelegenheit sein und das Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı), die Kontrolle über das religiöse Leben übernehmen.<sup>19</sup> Hinzu kam die Abschaffung des arabischen Alphabets, die Gründung eines Bildungswesens und das Verbot der Polygamie, die Abschaffung des Fez<sup>20</sup> und Einführung des Hutes, die Gleichstellung von Mann und Frau.<sup>21</sup>

Mustafa Kemal erklärte bei einer Rede dazu: „In der Zeit des Gesetzes für Ruhe und Ordnung (...) wurden mit der Schließung der Derwischkonvente, Mausoleumsgemäuer und aller Orden auch die Titel Scheich, Derwisch, Novize, Celebi (Titel für Ordensgeistliche) und die Tätigkeiten Wahrsagerei, Zauberei, Mausoleumswärter und viele andere verboten und abgeschafft. Hier ist die außerordentliche Notwendigkeit von Exekutive und Praktizierung zum Beweis, dass unsere Gesellschaft keine abergläubische, primitive Nation ist, zu würdigen.“<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Bülent Catalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 136

<sup>19</sup> Das Präsidium für Religionsangelegenheiten wurde im März 1924 und ist eine staatliche Einrichtung in der Türkei, das bis heute noch zur Verwaltung religiöser Angelegenheiten zuständig ist und die höchste islamische Autorität des Landes hat.

<sup>20</sup> Ein Fez ist eine Kopfbedeckung, das von Männern getragen wurde und die Form eines stumpfen Kegels hat und rotem Filz hergestellt wird und hat auch meist eine schwarzer Quaste. In der damaligen Zeit galt es als ein religiöses Symbol.

<sup>21</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 17

<sup>22</sup> Menter Şahinler 1997: Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, S. 79

Von den Islamisten wird Atatürk heute noch der Vorwurf gemacht, dass er das Präsidium für religiöse Angelegenheiten eingeführt hat, damit er das religiöse Leben in der Türkei kontrollieren konnte. Laut den Islamisten wagte sich Atatürk, mit dem Verbot von Schleier und Turban ins Privatleben der Moslems.

Doch die Kemalisten sahen die strikte Einführung des Laizismus als eine Notwendigkeit, um eine nationale Souveränität durchzusetzen und die radikale Haltung einiger Islamisten, die zu politischen und gesellschaftlichen Problemen führten aufzuhalten, aber das ließ sich bis heute nicht vermeiden.<sup>23</sup>

Ab sofort hatte das Militär eine bedeutende Rolle in der Politik der modernen Türkei. Es erhielt einen hohen Stellenwert und galt als „Beschützer“ der kemalistischen Prinzipien und ganz besonders dem Laizismus. Genau in diesem Punkt unterscheidet sich die Vorgehensweise der Türkei zu den westlichen Staaten, weil es die Religion als eine Gefahr für den Staat sieht, vor der es das Volk schützen und retten müsse. Die Armee geht so weit, dass es mittlerweile nicht möglich ist, in eine Militärschule aufgenommen zu werden, wenn man einen religiösen Hintergrund hat bzw. ist die Ausübung der Religion innerhalb der Schule untersagt.<sup>24</sup>

### **2.2.3 Nationalismus**

„Ne mutlu Türküm diyene“ - „Glücklich, wer sagen kann, ich bin Türke“ war Atatürk's Aphorismus aus dem Jahre 1933 und widersprach der Vorstellung von Herkunft oder ethnischer Zugehörigkeit, das bei den faschistischen

---

<sup>23</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs, S. 15

<sup>24</sup> ebd, S. 16

Regierungsformen in Deutschland und Italien üblich war. Jeder, der innerhalb der türkischen Grenzen lebte, konnte sich als „Türke“ bezeichnen.<sup>25</sup>

Der Nationalismus wurde von den Kemalisten wie folgt definiert: „Der türkische Nationalismus hält sich auf dem Weg des Fortschritts und der Entwicklung und in den internationalen Beziehungen in vollkommener Harmonie mit und Gleichstellung zu allen modernen Nationen und bewahrt gleichzeitig die besondere Struktur der türkischen Gesellschaft und ihren ganz eigenen unabhängigen Charakter.“<sup>26</sup> Mustafa Kemal, betonte bei einer Rede: „Wir gehören nicht zu den Betrügern, die behaupten, alles zu tun, und hinter irrationalen Zielen herlaufen, obwohl sie nicht zu ihrer Realisierung im Stande sind. Obwohl wir zahlreiche Feinde besiegt haben, verfolgten wir keinen Pan-Islamismus. Ganz im Gegenteil dachten wir, diese Ideologie gleich im Keime zu ersticken. In Bezug auf den Pan-Turanismus handelten wir ganz ebenso. Es geht allein darum zu wissen, wo wir stehen wollen.“<sup>27</sup>

Der Nationalismus ist einerseits eine Reaktion auf die Zerschlagung der damaligen Großmacht des osmanischen Reiches und andererseits eine Forderung nach einer vollständigen Unabhängigkeit der Türken. Gleichzeitig eine endgültige Abkehr von den osmanischen Herrschafts- und Expansionsideologien. Das Verständnis des Nationalismus ist sicherlich auch die Schlachten von Çanakkale zurückzuführen, wo bedeutende Siege gegen die Truppen aus England und Frankreich errungen wurden und in den Jungtürken das Gefühl des Nationalismus aufkommen ließ.<sup>28</sup>

Zusammengefasst besagt dieses Prinzip, dass die Türkei eine unteilbare Nation ist und „dass es keine anderen Nationalitäten auf türkischem

---

<sup>25</sup> Feroz Ahmad 2003: Die Geschichte der Türkei, S. 104

<sup>26</sup> Menter Şahinler 1997:Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, S. 42

<sup>27</sup> ebd, S. 42

<sup>28</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 14



Territorium geben darf.“<sup>29</sup> Atatürk's Ziel war es, aus einem multikulturellen Reich, das von den Osmanen zurückgeblieben war, eine Nation zu schaffen. Dabei ging es ihm nicht um die Rasse, sondern viel mehr um die gemeinsame Sprache und Geschichte.

#### **2.2.4 Etatismus**

Das Ziel des Etatismus war es, dass der Staat die Wirtschaft lenkt, ohne das Alleineigentum an den Produktionsmitteln in Anspruch zu nehmen und vor allem bei der wirtschaftlichen Entwicklung aktiv wurde.<sup>30</sup> Dieses Prinzip sollte die Grundsätze der Wirtschaftspolitik in der Türkei bestimmen und die gesellschaftlichen, sowie auch die wirtschaftlichen Probleme lösen, indem staatliche Regelungen gesetzt werden. Obwohl die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf kapitalistische Produktionsverhältnisse basierte und sich auf die Privatinitiative der einzelnen Unternehmer stützte, sah der Staat es als seine Aufgabe, unmittelbar in den Wirtschaftsprozess zu intervenieren und sogar einen staatlichen Bereich zu errichten.<sup>31</sup>

Bei einem Wirtschaftskongress in Izmir beschrieb der damalige Wirtschaftsminister den Etatismus wie folgt: „Das Wirtschaftsmodell der neuen Türkei gleicht einem existenten Wirtschaftsregime. Die Wirtschaftspolitik, die wir errichten wollen, ist eine eigenständige Politik, die sich aus der türkischen ökonomischen Geschichte, ihren Erfordernissen und Ideen zusammensetzt. Wir gehören keiner ideologischen Strömung, weder verfechten wir die Haltung des „Lass sie tun“, was sie wollen, auch das wird vorübergehen, noch die sozialistische oder kommunistische Idee, noch treten wir für einen Protektionsetatismus ein. Wir schaffen hingegen ein neues

---

<sup>29</sup> Andreas K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 26

<sup>30</sup> ebd., S. 27

<sup>31</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 136

ökonomisches Ideensystem, das wir Neues Wirtschaftsmodell der Türkei nennen. Privatinitiative und Staat müssen zur Entwicklung der Wirtschaft kooperieren. (...) Zusammengefasst bedeutet das, dass einige Bereiche dem Staat, andere privaten Investoren zu überlassen sind.“<sup>32</sup>

### **2.2.5 Republikanismus**

Mit dem Republikanismus erhielt die Türkei am 29. Oktober 1923 eine republikanische Staatsform. Mit diesem Grundprinzip wurde nochmals betont, dass eine Republik als die denkbar beste Staatsform bei der Ausübung der nationalen Souveränität galt.<sup>33</sup>

### **2.2.6 Revolutionismus**

Mit dem revolutionären Prinzip der Kemalisten wollte man die osmanischen Institutionen abschaffen und eine grundlegende Modernisierung der Türkei erreichen. Der Revolutionismus bedeutet die zwangsweise Veränderung bestehender und Sturz alter Einrichtungen sowie Aufbau von neuen Institutionen, die der Entwicklung und den Notwendigkeiten einer modernen Gesellschaft gerecht werden können. Im Vergleich zur Französischen Revolution beinhaltet der kemalistische Revolutionismus eine „nachrevolutionäre beständige Erneuerungs- und Aufklärungsbewegung“ um das Niveau moderner Zivilisationen zu erreichen.<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Menter Şahinler 1997: *Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität*, S. 83

<sup>33</sup> Bülent Çatalcalı 1982: *Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei*, S. 134

<sup>34</sup> Menter Şahinler 1997: *Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität*, S. 96

## **3. Militärische Interventionen und Interventionsversuche**

### **3.1 Die Ära Adnan Menderes**

#### **3.1.1 Der Fall der CHP-Regierung**

Mit den Wahlen am 14. Mai 1950 kam die Demokratische Partei (DP) mit einem großen Zuspruch der Bevölkerung und 416 Mandate im Parlament an die Regierungsmacht. Bereits Ende Mai wurde Celal Bayar mit mehr als 400 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Am Folgetag wurde Adnan Menderes zum Premierminister und Mehmet Fuad Köprülü zum Außenminister gewählt. Somit verlor die Republikanische Volkspartei (CHP) nach zwölf Jahren an der Macht die Regierung an seine Konkurrenten.<sup>35</sup>

Die Wahlergebnisse von 1950 hatten im Sinne der Demokratie eine große Bedeutung und wurden mit einer Revolution gleichgesetzt. Das Besiegen des Faschismus und der Siegeszug der Demokraten war auch von den internationalen Konjunktur begünstigt worden. Darüber hinaus war die Türkei mit sowjetischen Drohgebärden und Gebietsansprüchen konfrontiert und bemühte sich um die Unterstützung der USA. Die USA jedoch hatte Schwierigkeiten die Unterstützung eines undemokratischen Regimes gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu begründen.<sup>36</sup>

Adnan Menderes war Anfangs beunruhigt und befürchtete, dass die CHP versuchen könnte die verlorene Macht mit anderen Mitteln zurückzuerobern. Er versuchte dem entgegenzuwirken, indem er die Aufnahme des Landes in die NATO anstrebte, die die „gemeinsame Front“ der westlichen Demokratien darstellte. Damit wollte er der CHP einen Riegel vorschieben, falls diese mit undemokratischen Mitteln versuchen würde ihn von der Macht zu

---

<sup>35</sup> Ali Fuad Basgil 2006: 27 Mayıs İhtilali ve Sebepleri, S. 69

<sup>36</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S.7

entfernen.<sup>37</sup> Die Befürchtungen von Menderes bestätigten sich als bereits Mitte der 1950er, die türkischen Streitkräfte einen gewaltsamen Regierungswechsel herbeizuführen versuchten.

Der Regierungswechsel bedeutete auch für die Armee einen politischen, ökonomischen, sowie sozialen Statusverlust. Der Wahlsieg der Demokratischen Partei (DP) bedeutete den Rückgang des Anteils des ehemaligen Militärs im Parlament von 11 Prozent auf 6 Prozent, dazu kam noch, dass die meisten noch verbleibenden Ex-Militärs keine führende Funktionen mehr ausübten. Der politische Machtverlust des Militärs wurde durch den sinkenden Anteil der CHP im Parlament, die Verweigerung des Wahlrechts für aktive Militärs und die Besetzung der Spitzenpositionen mit DP-Anhängern, die es der Armee unmöglich machten die Regierung zu beeinflussen, verstärkt. Gleichzeitig wurde das Militär von der Inflation der 1950er besonders hart getroffen und nahm schwere ökonomische Einbußen hin.<sup>38</sup>

### **3.1.2 Aufschwung und Fall der Wirtschaft unter DP**

In den ersten Regierungsjahren der DP, erlebte die Partei durch die Unterstützung der USA und mit dem NATO-Beitritt im Jahr 1952, in der Öffentlichkeit noch mehr an Bedeutung. Mit der Ausfuhr von Agrargütern an das Nachkriegseuropa profitierten die Landwirte sehr stark. Die Entwicklung der Landwirtschaft hatte im Regierungsprogramm der DP eine zentrale Stellung. Diese wichtige Stellung der Landwirte, lag nicht nur daran, dass etwa 80 Prozent der damaligen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren, sondern, dass sich fast 90 Prozent des Exports aus landwirtschaftlichen Produkten zusammensetzte. In der damaligen Zeit

---

<sup>37</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S.7

<sup>38</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973, S. 115-116

bewirtschaftete der überwiegende Teil - 75,4 Prozent - der Landbevölkerung entweder das eigene oder das gepachtete Land. Jedoch verfügte es nur über 30 Prozent des genutzten Bodens. 24,8 Prozent des für die Landwirtschaft geeigneten Bodens gehörte den Großgrundbesitzern, die mit ihren Familien lediglich 1,5 Prozent der gesamten Landbevölkerung ausmachten. Jährlich wuchsen 250.000 bis 300.000 Jugendliche heran und traten ins Erwerbsleben ein. Diese Tatsache erklärt auch die Bodenreform, die mit Hilfe des „Gesetzes zur Bodenverteilung an die Bauern“ von der DP aufgesetzt wurde. Aufgrund dieser Gesetzeslage wurden zwischen 1947 und 1954 insgesamt 688.297 Hektar Ackerland und 455.160 Hektar Steppenweide den Bauern zugeteilt.<sup>39</sup> Im Vergleich zu den Landwirten verschlechterte sich die Lage der Angestellten, Beamten Arbeitern und Soldaten durch die gleichbleibenden Gehälter angesichts der Inflationsrate.<sup>40</sup> Bald sah sich das Land mit immensen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Ab 1953 verzeichnete auch die Agrarpolitik durch einen weltweiten Preisabsturz bei den Agrargütern große Einbussen. Daraufhin investierte die Regierung in Industrieanlagen, doch aufgrund der langfristigen Investitionen erhöhte sich das Budgetdefizit immer mehr. Die Auslandsverpflichtungen der Türkei, die im Jahre 1950 bei etwa 190 Millionen lagen, erhöhten sich in fünf Jahren auf 1,033 Milliarden Dollar.<sup>41</sup>

Bereits nach fünf Jahren Regierungszeit hatte Adnan Menderes große Schwierigkeiten mit den wachsenden Wirtschaftsproblemen des Landes fertig zu werden. Die ständige Zunahme des Auslands- und Haushaltsdefizits konnte nicht verhindert werden; hinzu kam der Anstieg der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Die Korruption im Land erreichte neue Dimensionen. Zu diesen ökonomischen und sozialen Problemen kamen Zugeständnisse an

---

<sup>39</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 173

<sup>40</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 8

<sup>41</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 173

das ausländische Kapital, die sich negativ auf die Unabhängigkeit der Türkei auswirkten.<sup>42</sup>

Mit Hilfe des Marshallplan's entwickelte sich die Landwirtschaft, durch Zukauf von Traktoren und Landmaschinen drastisch, immerhin erhöhte sich die Traktorenanzahl von 1800 im Jahre 1948 auf 44.000 im Jahre 1957. Diese Investitionen trugen im Bereich der Landwirtschaft anfangs zu sehr erfolgreichen Erntejahren, wobei auch diese Einnahmequelle aufgrund einer Trockenheit im Jahre 1954 erloschen sind.

Die durchgeführten Investitionen hatten das Ziel eine rasche Profitmaximierung zu erreichen. Der Großteil der Anlagen erfolgte in der Bauindustrie, der Rest konzentrierte sich auf Textil-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Der Anteil der erhofften Auslandsinvestitionen lag weit hinter den Erwartungen und machte nur einen kleinen Teil der Gesamtinvestitionen aus. Daraus ist ersichtlich, dass der Industrialisierungsprozess der Türkei von vielen Fehlentwicklungen begleitet war. Die infrastrukturellen und industriellen Investitionen, waren nicht mit der realen Zahlungsfähigkeit des Landes abgestimmt, dass zu einem großen Defizit in der Zahlungsbilanz des Landes führte. Die Kaufkraft der Unterschichten war gering, das war beispielsweise im Bereich der Textilindustrie spürbar. Das Fehlen der Nachfrage, führte zum Stillstehen der importierten Textilmaschinen. Auf der anderen Seite mangelte es an Verpackungsmaschinen für Kühleinrichtungen und Konservenindustrie. Diese Faktoren zeigen, dass Investitionen nicht im Rahmen eines Wirtschaftsplanes vorgenommen wurden. Im Gegensatz zur Atatürk- und Ismet İnönü (2. türkischer Staatspräsident) Regierung verlagerte die DP Regierung das Verkehr von der Schiene auf das Straßennetz, das nur teilweise unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte.<sup>43</sup> Das

---

<sup>42</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 51

<sup>43</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 178

Asphaltnetz, das 1950 1640 km betrug, hatte sich 1969 auf 7000 km ausgeweitet.

Die Verschuldung führte 1958 schließlich zu einer ökonomischen Krise und darauf folgenden Geldentwertung.

### **3.1.3 Die Gefährdung des säkularen Charakters des Regimes**

Der Druck der Oppositionspartei CHP wuchs in Bezug auf die wirtschaftliche Misere, während die DP um mehr Geduld und Zeit bat. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien verschlechterten sich und das Land bewegte sich immer mehr in ein politisches Chaos. Die Gründe für die Verstimmung zwischen den Oppositionsparteien, war neben der Wirtschaftslage, die Bemühungen der DP, die Regelungen im Bezug auf die Minderheiten und Religionen zu entschärfen. Dass in manchen Kreisen in der DP sogar über die Wiedereinführung der Polygamie oder die Erklärung des Islams zur Staatsreligion nachgedacht wurde, erzürnte die Militärs und die CHP. Sie sahen damit den säkularen Charakter des Regimes gefährdet.<sup>44</sup> Die DP-Regierung stärkte den Einfluss der Geistlichen, ließ die Derwisch Orden wieder zu, eröffnete Kuran-Kurse. Darüber hinaus, durfte auch der Gebetsruf, das bisher nur auf türkisch zugelassen war, auf arabisch verkündet werden. Der staatliche Rundfunk durfte sogar regelmäßig religiöse Messen.<sup>45</sup>

Die Bemühungen der DP um die Religionsfreiheit, sollten bei den nächsten Wahlen nicht unbelohnt bleiben und brachten weitere Stimmen für die Partei

---

<sup>44</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 8

<sup>45</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 49

ein. Die DP, die bei den Wahlen 1950 mit 52 Prozent der Stimmen an die Macht kam, erhöhte 1954 den Stimmenanteil auf 57,5 Prozent.<sup>46</sup>

Die DP, die mit demokratischen Mitteln an die Regierung kam, wich immer von diesem demokratischen Weg ab. Die DP kämpfte mit autoritären Maßnahmen gegen die CHP, schränkte die Pressefreiheit ein und verfolgte eine strikte „Kaderpolitik“<sup>47</sup> mit dem Ziel CHP-nahe Bedienstete durch Gleichgesinnte in der Bürokratie zu ersetzen.<sup>48</sup> Adnan Menderes verfolgte auch gegenüber dem Militär eine ähnliche Politik, der aber eher umstritten war. Obwohl Menderes ein Gegner des zentralistischen und dirigistischen Meinung der Streitkräfte war, versuchte er durch Beförderung und Versetzung von hohen Offizieren, deren Einfluss zu entschärfen.<sup>49</sup>

Am 27. April 1960 wurde mit einer großen Mehrheit der Regierungspartei in der Nationalversammlung ein Ermächtigungsgesetz verabschiedet, dessen Ziel die Ausschaltung der Opposition war. In diesem Gesetz sollte eine Kommission zur Untersuchung der angeblich illegalen Aktivitäten der CHP und der Oppositionspresse eingesetzt werden und verbot damit jede parteipolitische Aktivität für drei Monate. Das Gesetz gab dem Untersuchungsausschuss folgende Vollmachten:

„forbidding all publications tending to impede the investigation; closing newspapers of definite or indefinite periods if they violated this prohibition; seizing all documents and property necessary for the investigation; forbidding all political activity as the committee deemed necessary; imposing summary penalties of from six months to three years imprisonment on persons

---

<sup>46</sup> Vildan Iyigüngör 2009: Medyada Tanıklık. Türkiye’de Askeri Darbeler, S. 20

<sup>47</sup> Bedeute die planmäßige Auswahl und Einsatz des Personals, damit gewährleistet kann, dass die zukünftigen Inhaber dieser Funktionen im Parteiapparat bleiben.

<sup>48</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S.8

<sup>49</sup>Armağan Kuloğlu, Mustafa Şahin 2006: The Past and the Future of Civil-Military Relations in Turkey, S.94



violating any of these prohibitions; and suspending operation of civil service, penal and judicial law.“<sup>50</sup>

Das Gesetz führte in den Grossstädten zu schweren Unruhen, Demonstrationen und schließlich zu blutigen Konfrontationen zwischen Studenten und der Polizei.<sup>51</sup> In der Hauptstadt Ankara und Istanbul wurde Anfang Mai 1960 der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Regierung war sich ihr selbst geschaffenen Schwierigkeiten nicht mehr Herr. Die sozialen Gegensätze waren so stark zugespitzt, dass die Regierung die Kompromisse, das Pendeln zwischen den Interessen der verschiedenen Gesellschaftsschichten zwangsläufig zum Scheitern verurteilt war. Hinzu kam die strukturellen ökonomischen Probleme, die aus dem Entwicklungsmodell der DP selbst entstammten. Die Türkei geriet in ein politisches Chaos.<sup>52</sup>

### **3.1.4 Intervention vom 27. Mai 1960**

Der Ausnahmezustand und der Umstand, dass Menderes in die Beförderung und Versetzung innerhalb der Armee eingriff, forcierten einerseits die Meinungsunterschiede innerhalb des Militärs und verschärften gleichzeitig die abweisende Haltung mancher gegenüber der DP-Regierung. General Cemal Gürsel warnte trotz Proteste aus der Armee ausgeschiedener Oberbefehlshaber des Heeres, die Regierung vor den wachsenden Unruhen in der Armee und forderte personelle Änderungen im Kabinett und die Abschaffung des Untersuchungsausschusses gegenüber der CHP.<sup>53</sup> Kurz darauf begannen die Kadetten der Militärakademie Ankara, begleitet von ihren Vorgesetzten und weiteren Offizieren, gegen die DP. Doch die

---

<sup>50</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973, S. 117

<sup>51</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung der Demokratie in der Türkei. S. 186

<sup>52</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 28

<sup>53</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973, S. 117

Regierung lenkte nicht ein und verkündete am 25. Mai 1960, dass der Untersuchungsausschuss, bald seine Ergebnisse vorlegen werde.<sup>54</sup> Vor diesem Hintergrund stürzte am 27. Mai 1960 das „Milli Birlik Komitesi“ MBK - „Komitee der Nationalen Einheit“<sup>55</sup> in einem nahezu unblutigen Staatsstreich die DP Regierung.

Präsident Celal Bayar, Premier Adnan Menderes und dessen Kabinett wurden vom Amt entmachtet und das Parlament aufgelöst. General Cemal Gürsel, Präsident der MBK wurde somit zum Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und gleichzeitig auch zum Oberbefehlshaber der Armee. Mehrere Mitglieder der Regierung wurden mit Missbrauch von öffentlichen Geldern, Missachtung der Verfassung und Hochverrat beschuldigt und daraufhin verhaftet.<sup>56</sup> Der Staatspräsident Celal Bayar, wurde bei einem Selbstmordversuch festgenommen. Der ehemalige Innenminister Namık Gedik, stürzte sich vor seiner Festnahme aus dem Fenster in den Tod.<sup>57</sup> Beim Abschluss des Strafprozesses wurden zahlreiche Freiheitsstrafen und vier Todesurteile ausgesprochen, unter anderem auch für Celal Bayar, dessen Alter ihn aber vor dem Tod rettete. Der ehemalige Ministerpräsident Adnan Menderes wurde gemeinsam mit seinem Aussenminister Fatih Rüstü Zorlu und seinem Finanzminister Hasan Polatkan am 17. September 1961 gehängt. Der Rechtsanwalt von Adnan Menderes unterstreicht bei der Vollstreckung der Todesurteile, folgende gesetzwidrige Sachlagen:<sup>58</sup> Fatih Rüstü Zorlu und Hasan Polatkan wurden noch vor Veröffentlichung des Urteils in einem Amtsblatt, hingerichtet. Weder ihre Rechtsanwälte, noch die

---

<sup>54</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung der Demokratie in der Türkei, S. 186

<sup>55</sup> Komitee der Nationalen Einheit: Das Komitee setzte sich aus einer 38-köpfigen Offiziersgruppe zusammen, welchem General Gürsel überstand.

<sup>56</sup> Ben Lombardi 1997: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, In: Political Science Quarterly, S. 204

<sup>57</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung der Demokratie in der Türkei, S. 190

<sup>58</sup> Sevil Bal, Arzu Onay-Ok 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU und die Situation der Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte, S. 60

Familienangehörigen wurden über die Urteilsvollstreckung in Kenntnis gesetzt.

Adnan Menderes gesundheitliche Verfassung untersagte laut Türkisches Strafrecht (§12/2 und §12/4) seine Hinrichtung.

Die Gefängniswärter der damaligen Zeit erzählen, dass der Gesundheitszustand von Adnan Menderes bei seiner Hinrichtung so schlecht war, dass er von den Wärtern gestützt werden musste während er zum Galgen begleitet wurde. Die letzten Worte Menderes's galten seinem Volk und seiner Familie:

*“Kimseye dargın değilim. Kırgınlığım yok. Hayata veda etmek üzere olduğum şu anda devletim ve milletime ebedi saadetler dilerim. Bu anda karımı ve çocuklarımı şefkatle anıyorum. ”*

Adnan Menderes

„Ich bin auf niemanden böse. Bin nicht gekränkt. Während ich mich gerade von meinem Leben verabschiede, möchte ich meinem Land und meinem Volk alles Gute wünschen. Ich möchte mich nun an meine Frau und Kinder liebevoll erinnern.“

Adnan Menderes

Für das Ende der DP Regierung, kann ohne Zweifel der am 18. April 1960 gegründete Untersuchungsausschuss genannt werden, mit dem Ziel die politischen Aktivitäten der CHP sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments auszuschalten, doch diese Absicht lösten die Probleme der DP nicht, sondern verschlimmerte die Situation noch mehr. Darüber hinaus muss man festhalten, dass das Eingreifen des Militärs in den politischen Prozess kein kurzfristig gefasster Beschluss war, die Planung sowie Vorbereitung darauf lässt sich einige Jahre zurückverfolgen:<sup>59</sup>

---

<sup>59</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 188

### 3.1.5 Die Ursachen der Intervention

Eines der wichtigsten Organisationen kann die „Atatürk Gesellschaft“ genannt werden, die man im Oktober 1955 in Istanbul gründete. Diese Gesellschaft schloss sich zwei Jahre später mit einer Anfang 1956 gegründeten Gruppe zusammen. Die neue Organisation umfasste 22 Stabsoffiziere und wurde von General Güventürk geführt und stand auch mit weiteren Gruppen in engem Kontakt. Ziel dieser Verschwörer war zunächst eine innermilitärische Reform und die Wahrung der „Armee-Ehre“ und somit eine Änderung der zivil-militärischen Beziehungen. Die Organisation bemühte sich auf die Besetzung von Schlüsselpositionen und die Gewinnung einer populären Führungsfigur, die schließlich im Heeres-Oberbefehlshaber Gürsel gefunden werden sollte. Einige der wichtigen Schlüsselpositionen konnten mit Hilfe Gürsel's besetzt werden. Doch nach Ausscheiden von Gürsel aus der Armee, scheiterten alle Versuche einen aktiven Offizier in einer vergleichbaren Position wie Gürsel zu finden. Der stellvertretende Generalstabschef und einige andere Generäle verweigerten die Teilnahme. Schließlich schlossen sich die Generäle Madanoğlu, Bastuğ, Ulay, Özdilek und Gümüspala den Verschwörern in allerletzte Minute an. Kommandiert wurde die Putschtruppe von General Ulay, der binnen vier Stunden den Putsch erfolgreich beenden konnte.

Als Hauptursache für den Putsch kann die starken Spannungen zwischen Regierung und Opposition genannt werden. Die Politik der DP Partei war durch eine radikale Abkehr von den Grundsätzen der Demokratie gekennzeichnet.<sup>60</sup> Bei den ersten Wahlen im Jahre 1950 baute Menderes auf das Prinzip der Liberalisierung auf. Die Auflockerung der Gesetze sollte den Minderheiten und dem Islam mehr Freiraum geben. Damit konfrontierte er mit den strengen kemalistischen Opposition. Wiederholte Einschränkungen der Pressefreiheit, die nach Meinung von Menderes darauf ausgerichtet war „das politische sowie das finanzielle Image des Staates zu zerstören“ oder

---

<sup>60</sup> ebd, S.190

„Beamte in offiziellen Ämtern zu beleidigen.“<sup>61</sup>Der Inhalt bzw. die Form war für die Intervention sehr ausschlaggebend. Die Arme verstand sich als Hüter der kemalistischen Verfassung. Die DP Politik wandte sich von den kemalistischen Prinzipien teilweise ab. Dass diese Konstellationen für viele Militärs ein Motiv für die Intervention war, zeigte sich später an den zahlreichen Äusserungen, in denen der DP Politik Verrat an der Atatürk Revolution vorgeworfen wurde und auch an der Militärpolitik nach der Machtübernahme. Abgesehen davon beeinträchtigte die DP auch ganz erheblich, die korporativen, sozialen und persönlichen Interesse der Militärs und das Motiv der Verteidigung, stand mit Sicherheit am Anfang der konspirativen Aktivitäten.<sup>62</sup> Als weitere Faktoren kann man die Verbindung der CHP mit dem Militär und damit deren Einfluss nennen. Durch die Medien-Zensuren entstand auch eine Feindschaft der Medien gegenüber der DP, die dann mit der Möglichkeit der Berichterstattung die Bevölkerung gegen die Regierung aufhetzten.

Darüber hinaus wird darüber spekuliert, dass auch USA und speziell die CIA an dem Putsch beteiligt waren. Obwohl der CIA, von den Putschplänen gewusst haben soll, unternahm es nichts die Menderes Regierung darüber in Kenntnis zu setzen. Diese Annahme wird auch dadurch bestärkt, weil nach der Übernahme der Regierung durch das Militär, es zu keine Protesten bzw. Einwänden aus den USA kamen. Darüber hinaus wurde der Militärregierung eine Wirtschaftshilfe von einer Milliarde Türkische Lira und ein Kredit über 100 Millionen US Dollar aus USA gewährt, die zuvor der Menderes Regierung verwehrt wurde.<sup>63</sup> Doch diese Vorwürfe sind sehr spärlich und zum Teil widersprüchlich und können nicht eindeutig bewiesen werden.

---

<sup>61</sup> Ben Lombardi 1997: Turkey.The Return of the Reluctant Generals, S. 204

<sup>62</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973, S. 119

<sup>63</sup> Sevil Bal, Arzu Onay-Ok 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU und die Situation der Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte. S. 62

### 3.1.6 Die Verfassung von 1961

Eine Juristenkommission wurde von den Militärs mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. Schließlich wurde am 27. Mai 1961, also genau ein Jahr nach der Intervention, die neue Verfassung, die bis zum 7. November 1982 gültig sein sollte, vom Parlament abgesegnet und bereits am 1. Juni im Amtsblatt veröffentlicht. Im Juli 1961 gab es dazu eine Volksabstimmung und mit einer Mehrheit von 64,4 Prozent entschied sich das Volk für die neue Verfassung. Der Anteil der Gegenstimmen betrug 39,6 Prozent und diese hohe Zahl wurde als der „Menderes-Effekt“ sowie als Absage an die Politik des MBK gesehen.<sup>64</sup>

Die neue Verfassung erweiterte einerseits die persönlichen Freiheitsrechte und andererseits wurden die gesetzlichen Rahmen und Strukturen für künftige Militärinterventionen geschaffen. So wurde auch das „Interne Dienstgesetz der TSK“ erschaffen, auf das sich das Militär seither beruft, um ihre Intervention zu legitimieren. Mit dem Artikel 35 und 85 verpflichtet sich die Armee „die Grundsätze der Republik gemäß der Verfassung zu beschützen und zu verteidigen“ sowie „das Land von inneren und äußeren Gefahren, wenn notwendig mit Waffengewalt zu schützen“. Damit gewährte sich die türkische Armee einen klaren und deutlichen „Freibrief“ für weitere Interventionen, die nicht ausbleiben sollten.<sup>65</sup>

Darüber hinaus schrieb die Türkei für damals die modernste Verfassung Europas, dass ein auf Menschenrechten beruhender „nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat“ verstanden werden kann.<sup>66</sup> Mit dieser Verfassung wurden vor allem die Bürgerrechte und Freiheiten ausgeweitet und der Einfluss der Regierung auf die Medien, der

---

<sup>64</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S.32

<sup>65</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei. Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen. In: HSFK-Report 1/2007, S.14

<sup>66</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei, S. 200

Bürokratie und Universitäten gemindert. Die Türkei entschied sich für ein Zweikammern-Parlament und stellte damit der regierenden Partei bei der Machtausübung zahlreiche Kontrollen und Gegenkräfte gegenüber.<sup>67</sup> Um den Handlungsspielraum der Executive weiter einzugrenzen wurde als zweite Kammer der Verfassungsgerichtshof gegründet, dass vom Parlament abhängig war.<sup>68</sup> Der Präsident erhielt mit der neuen Verfassung eine eher repräsentative Funktion. Alle Verfassungsänderungen waren darauf ausgelegt, die Macht der Regierung zu entschärfen und zugleich demokratische Kontrollmechanismen wie den Senat und das Verfassungsgericht zu stärken. Man zog aus der DP-Ära Konsequenzen und wollte den Machtmissbrauch einer bestimmten politischen Partei und damit eine Wiederholung der Ereignisse aus den 1950er-Jahren vermeiden.<sup>69</sup>

Nach der Machtübernahme bildeten die Putschisten das Komitee für Nationale Einheit, das aus 38 Offizieren bestehende Junta unter dem Vorsitz von General Gürsel übernahm alle Regierungsgeschäfte, übte die „oberste Gewalt“ und alle Rechte und Zuständigkeiten aus.<sup>70</sup> Gürsel, Präsident der „Milli Güvenlik Kurulu“ MGK - „Komitee der Nationaler Einheit“, war gleichzeitig Staats- und Ministerpräsident sowie Oberbefehlshaber der Armee.<sup>71</sup>

Bei einer Rundfunk Aussendung am 27. Mai 1960, lehnte Gürsel eine Diktatur ab und vermittelte, dass die Regierung deshalb gestürzt wurde um eine anständige und demokratische Regierung zu etablieren und diese wieder in die Hand der Nation zu übergeben. Bei einer Pressekonferenz am 28. Mai 1960 betonte Gürsel: „Die Absicht und das Ziel des Militärputsches

---

<sup>67</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S.31

<sup>68</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, S. 10

<sup>69</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei, S. 201

<sup>70</sup> ebd, S. 120

<sup>71</sup> Bülent Çatalcalı 1982 : Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 193

sei eine schnelle, saubere und eine beständige Demokratie einzuführen und die Macht sowie Führung dem Volk zu übergeben„.<sup>72</sup>

Bereits Anfang August 1960, begannen die ersten Spaltungen innerhalb des Komitees. Während Oberst Alparslan Türkeş (später Gründer der Partei der Nationalen Bewegung MHP) mit seiner Gruppe einen langfristigen Verbleib an der Staatsmacht befürwortete, wollte eine Gruppe eine baldige Machtübergabe an die CHP.<sup>73</sup> Es konnte kein Konsens im Komitee gefunden werden und schließlich wurden die „Gruppe der 14“, welche aus dem Flügel der Radikalen stammten aus dem Komitee entlassen und als Vertreter des Landes ins Ausland geschickt. Darüber hinaus kam es zur Entlassung von 235 „Menderes-Nahen“ Generälen und weiteren 7000 Obristen und Majore aus der Armee.<sup>74</sup> Hinter dieser Maßnahme steckte auch der Versuch, die Befehlskette die zu reißen drohte wiederherzustellen.<sup>75</sup>

### **3.1.7 Rückkehr zum politischen Alltag**

Mit dem Ausschluss der „Radikalen“ aus dem MGK entschied man sich für baldige Wahlen um die Macht wieder an die zivilen Politiker zu übergeben. Die neue Verfassung, war ein Übergang zu einem parlamentarisch-demokratischen System. Eine offizielle Erlaubnis zur Bildung von politischen Parteien wurde erteilt. Die Parteienlandschaft der Türkei änderte sich vor diesem Hintergrund erheblich. Die Zerschlagung der DP hatte ein Potential von 4-5 Millionen „heimatlosen“ Wählern geschaffen. Von den 13 Parteien, die innerhalb einer kurzen Zeit gegründet wurden, konnten sich nur vier

---

<sup>72</sup> Ben Lombardi 2007: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, S. 205

<sup>73</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 10

<sup>74</sup> Sevil Bal, Arzu Onay-Ok 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU und die Situation der Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte, S. 63

<sup>75</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen, AP 60/2009, S.8



behaupten. Die CHP und CKMP (Nationale Partei Republikanischer Bauern), die bereits vor 1960 existierten und die beiden Neugründungen AP (Gerechtigkeitspartei) sowie die YTP (Neue Türkei Partei), wobei sich die neue AP und YTP bald als Nachfolgeparteien von der DP entpuppte.<sup>76</sup>

Am 15. Oktober 1961 fanden die ersten Parlamentswahlen der Zweiten Republik statt. Die CHP erhielt 36,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Trotz des Verbotes der DP, erhielt die Nachfolgepartei AP 34,8 Prozent und die YTP 13,7% der Stimmen, was als Abrechnung vieler Wähler, die den Sturz der DP Regierung und den darauf folgenden Todesurteil vom gestürzten Premierminister Menderes als Unrecht empfunden haben, gesehen werden kann. Somit waren die Nachfolgeparteien der DP die klaren Sieger der Wahlen und überflügelten gemeinsam die CHP um fast 10 Prozent. Im Detail sah die Stimmverteilung wie folgt aus:<sup>77</sup>

Parteikürzel	Name der Partei	Stimmenanzahl in %	Erhaltene Stimmen	Zahl der Abgeordneten
CHP	Republikanische Volkspartei	36,74	3.724.752	173
AP	Gerechtigkeitspartei	34,80	3.527.435	158
CKMP	Nationale Partei Republikanischer Bauern	13,96	1.415.390	54
YTP	Neue Türkei Partei	13,73	1.391.934	65
BAĞ.	Unabhängige	0,81	81.732	

Das Militär hatte sich einen Wahlsieg der CHP erhofft und war mit diesem Wahlergebnis nicht zufrieden. Somit gelang es nicht der Armee einen politischen Prozess aufzuhalten, denn mit den Wahlen hatten die verdrängten Kräfte wieder die Oberhand gewonnen. Dieses Wahlergebnis

<sup>76</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei, S. 135

<sup>77</sup> [www.belgenet.net](http://www.belgenet.net) (Stand 14.09.2010)

fürte zu einer weiteren Putschabsicht noch vor dem Zusammentritt des Parlaments, doch dieser Plan wurde vom Generalstabschef Sunay verhindert. Zur Lösung dieser Krise trug ein Treffen zwischen der Armeeführung und den Parteivorsitzenden die folgendes Protokoll unterzeichneten: Gürsel sollte zum Präsidentschaftskandidat nominiert und seine Kandidatur durch alle Parteien unterstützt werden; Unterlassung der Amnestiebestrebungen für die verurteilten DP-Politiker; Fortführen der Gesetze, die nach der Intervention erlassen wurden und keine Revidierung der Militärvergünstigungen die nach 1960 erschaffen wurden.

### **3.2 Die Ära der vielen Koalitionen und den gescheiterten Putschversuchen**

Am 26. Oktober 1961 wählte schließlich die „Große Nationalversammlung“ Cemal Gürsel zum vierten Staatspräsidenten und Ismet İnönü wurde von Gürsel zum Ministerpräsidenten ernannt. Knapp ein Monat später wurde die erste Koalitionsregierung zwischen der CHP und AP gebildet, die bereits nach einigen Monaten scheiterte. Das Scheitern der Koalition ist auf einen erneuten Putschversuch von Oberst Talat Aydemir zurückzuführen, der die Auflösung des Parlaments, Verfassungsänderungen sowie die Wiedereinstellung entlassener Offiziere forderte. Durch die Loyalität der Luftwaffe konnte diese Unruhe verhindert werden. Oberst Talat Aydemir und weitere 3 Offiziere wurden in Haft genommen. 21 Offiziere wurden pensioniert und 13 in abgelegene Teile des Landes versetzt.<sup>78</sup>

Die Lage blieb angespannt, unter Ismet İnönü kam es zu drei Koalitionsregierungen, die immer wieder scheiterten. Allmählich fand die Türkei wieder zu einem Parlamentarismus zurück, stabile Regierungen gehörten jedoch mittlerweile der Vergangenheit an. Ein Politiker wie Ismet

---

<sup>78</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei, S. 136

Inönü, der auf eine fast dreissigjährige Erfahrung als Chef eines Einparteienstaates zurückblicken konnte, war nun ständig mit dem Zusammenkitten wackeliger Koalitionsregierungen beschäftigt.<sup>79</sup> Dennoch konnten - wenn auch nur moderat - wirtschaftliche und soziale Erfolge unter Ismet İnönü erzielt werden. Im Jahre 1963 konnte der Assoziierungsvertrag mit der EG unterzeichnet werden, der einen späteren Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vorsah.<sup>80</sup>

### **3.2.1 Putschversuch durch General Aydemir**

Aydemir ein Teilnehmer an den Vorbereitungen des Coups vom Mai 1960, war beim Putsch selbst in Korea. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Kommandanten der Heeresakademie ernannt und hatte damit sein Ziel ein Mitglied der Nationalen Einheit zu sein verfehlt. Dazu kam, dass er und seine gleich gesinnten Offiziere mit dem Resultat des Putsches und den darauf folgenden Wahlergebnissen nicht zufrieden waren. Dies sollte nicht der letzter Putschversuch von Oberst Aydemir sein. Er war mit den Leistungen der İnönü Regierungen nicht zufrieden. Hinzu kam, dass für einen Teil der ehemaligen DP-Mitglieder ein Straferlass erteilt wurde. Als er auch noch aufgrund einer Rede verhaftet und auf Kautions wieder freigelassen wurde, war er um sich selbst besorgt. Diese Ereignisse motivierten ihn zu einem weiteren Putschversuch am 20. Mai 1963. Erneut war die Befehlskette gerissen und erneut fanden sich die türkischen Streitkräfte auf gegensätzlichen Fronten wieder.<sup>81</sup> Doch dieser Versuch sollte zwar erfolglos, aber nicht unblutig enden: Es kostete acht Menschen das Leben; 26 wurden verletzt. Aydemir und weitere Teilnehmer wurden verhaftet und vor dem Militärgericht, zur Verantwortung gezogen. Beim Urteil, wurden sieben

---

<sup>79</sup> Adanir Fikret 1995: Die Geschichte der Türkei, S.91

<sup>80</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 30

<sup>81</sup> Hakan Akbulut 2007: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S 12

Beteiligte zu Tode verurteilt, in fünf Fällen konnte eine Umwandlung in eine Haftstrafe erwirkt werden. Bei Talat Aydemir und Gefährten Fethi Gürcan wurde die Todesstrafe vollzogen.<sup>82</sup>

Diese Periode in der türkischen Geschichte war von Interventionsversuchen geprägt. Die zivilen Politiker hatten zwar die Möglichkeit die politischen Geschehnisse im Land zu gestalten, waren aber zu schwach sich gegenüber dem Militärmacht zu behaupten. Die starke Rolle der Armee war während dieser Zeit immer spürbar und die Politiker mussten immer vorsichtig agieren um die führenden Generäle nicht zu reizen.<sup>83</sup>

### **3.2.2 Regierungsübernahme durch Süleyman Demirel**

Diese labile politische Lage, die von ständigen wechselten Koalitionsmitgliedern charakterisiert war, konnte die AP unter Süleyman Demirel bei den nächsten Wahlen 1965 mit der absoluten Mehrheit für sich nutzen.<sup>84</sup> Somit waren alle Bestrebungen vom 27. Mai 1960 um sonst gewesen. Demirel erwartete ein politisches Chaos, dass von vielen Demonstrationen, Ausschreitungen rechts- und linksradikalen Studenten, Bombenanschlägen und sogar einem Attentatsversuch auf Demirel selbst begleitet wurde. Nach der Regierungsübernahme durch Süleyman Demirel etablierten sich religiöse Gruppen und Sekten, die vor allem in den östlichen Provinzen des Landes einen sehr großen Einfluss ausübten. Anfangs waren ihre Aktivitäten darauf beschränkt, Denkmäler von Mustafa Kemal Atatürk zu zerstören, später wurden sie gegen die Opposition eingesetzt. Während der Demirel-Regierung war vor allem die sozialistische Arbeiterpartei TIP aller rechten Organisationen. Es folgten Festnahmen bei den TIP Mitgliedern, die

---

<sup>82</sup> ebd, S.13

<sup>83</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 33

<sup>84</sup> ebd, S. 34

sich vor Gerichten wegen angeblicher „kommunistischer Propaganda“ verantworten mussten. Die MHP unter Führung von Alparslan Türkeş war die bedeutendste der militanten rechtsextremen Gruppierung, die sich in speziellen Lagern paramilitärische Trainings unterzogen. Die Regierung und auch die staatlichen Streitkräfte tolerierten, ermutigten und förderten diese Rechtsextremen.<sup>85</sup>

Bei den Wahlen vom 12. Oktober 1969, siegte Demirel erneut, doch sein Sieg war diesmal nicht eindeutig. Demirel musste erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen und konnte damit die sozialen Reibereien zwischen rechtsextremen und den linken nicht verhindern.<sup>86</sup>

In den ersten Monaten des Jahres 1970 kam es zu unzähligen Landbesetzungen und Zusammenstößen zwischen den rechts- und linksradikalen Studenten die insgesamt 30 Todesopfer forderten. Mit der Ausrufung des Generalstreiks, der aufgrund einem Gesetzesentwurf der AP Regierung ausgelöst wurde, erreichten die Unruhen in Istanbul und Izmir ihren Höhepunkt. Im Dezember 1970, folgten Bombenanschläge und ein Attentatsversuch auf Ministerpräsident Demirel. Mit der Entführung von US-Soldaten am 15. Februar und 4. März 1971<sup>87</sup> erhielt der Kampf der Linken eine neue Dimension. Das Land geriet immer mehr in eine politische Krise.

Unter Necmettin Erbakan wurde im Jänner 1970 die Partei der Nationalen Ordnung MNP gegründet, Abgeordnete der AP Partei traten ihr bei. Die AP Regierung musste im Februar 1970 bei einer Abstimmung über den Haushalt eine Niederlage einstecken, weil eigene AP-Parlamentarier ihre eigene Partei

---

<sup>85</sup> Gerhard Weiher 1978: Militär und Entwicklung in der Türkei, S.218-220

<sup>86</sup> Hakan Özkan: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 34

<sup>87</sup> Die Entführung wurde von Anhängern einer Untergrundorganisation gemacht. Der Drahtzieher dieser Organisation war Deniz Gezmiş, ein ehemaliger Mitglied der 68er Bewegung, eine linksgerichtete Studenten- und Bürgerrechtsbewegung. Deniz Gezmiş wurde für diese Tat und weitere Verbrechen die darauf folgten wurde er 1971 hingerichtet.

nicht unterstützten. Die Regierung trat daraufhin zurück und bildete eine neue Regierung, doch auch damit konnte die Krise nicht aufgehalten werden. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei führte im Juni 1970 zum Ausschluss von 26 Abgeordneten und im Dezember zu weiteren Spaltungen und führten letztendlich zur Gründung einer neuen Demokratischen Partei DP.<sup>88</sup>

### **3.3 Militärintervention vom 12. März 1971**

Am 12. März 1971, erzwang das militärische Oberkommando erneut den Rücktritt der DP Regierung und erhängt ein Ultimatum. Das Militär betonte, dass das Land dringend eine „starke und kompetente“ Regierung benötige um für die „anarchische Situation“ des Landes Abhilfe zu schaffen.<sup>89</sup>

Die Intervention kam nicht überraschend, denn das Militär hatte vorher mehrfach mit Warnungen und Vorschlägen die Bewältigung der Krise gefordert. Der Generalstabschef Tağmaç äußerte bei einer Neujahrsbotschaft 1971, dass die Armee für diese Situation keine Geduld mehr habe und drohte, wenn erforderlich eingreifen und alle Aktivitäten die gegen das Land gerichtet sind zu ersticken.

Im Vergleich zum Putsch von 1960 erteilte die Armee in diesem Fall ein „Memorandum“. Sie verzichteten auf eine direkte Übernahme der Regierung; die Generalstabschefs und drei Oberbefehlshaber des Heeres übergaben an den Präsidenten Sunay und dem Senatspräsidenten ein unterzeichnetes Memorandum, der folgendes beinhaltete:

---

<sup>88</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 221

<sup>89</sup> Ben Lombardi 1997: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, In: Political Science Quarterly, S.205

Das Parlament und die Regierung haben mit ihrer Untätigkeit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und bei dem Treffen von Maßnahmen unser Land in Anarchie, Bruderkrieg und soziale sowie wirtschaftliche Unruhe gestürzt, die Hoffnung auf das Erreichen, das uns von Atatürk gewiesenen Ziels einer zeitgenössischen Zivilisationshöhe in der Volksmeinung zerstört und die in der Verfassung vorgesehenen Reformen nicht durchführen können. Hierdurch ist die Zukunft der Türkischen Republik auf das schwerste gefährdet.

Um das angesichts dieser kritischen Lage in der türkischen Nation und ihren Streitkräften aufkommende Gefühl der Bitterkeit und Hoffnungslosigkeit zu vertreiben, wird es für unvermeidlich gehalten, im Rahmen der demokratischen Regeln eine starke und glaubwürdige Regierung zu bilden, welche unter einem überparteilichen Gesichtswinkel von den Gesetzgebenden Körperschaften näher zu bestimmen sind und die in der Verfassung vorgesehenen Reformen im Geiste Atatürk's anpackt und die Revolutionsgesetze anwendet.

Kann die Angelegenheit nicht rasch erledigt werden, so sind die türkischen Streitkräfte entschlossen, ihre ihnen durch die Gesetze zugewiesene Pflicht des Schutzes und Bestandes der Türkischen Republik zu erfüllen, und die Führung der Staatsangelegenheit selbst zu übernehmen.<sup>90</sup>

Mit diesem Memorandum, setzte das Militär unmissverständlich die DP - Regierung darüber in Kenntnis, dass sie eingreifen würden, falls keine neue Regierung gebildet werde, die in der Lage sein würde der herrschenden Anarchie ein Ende zu setzen und nach den kemalistischen Grundprinzipien zu regieren.<sup>91</sup> Regierungschef Süleyman Demirel nahm daraufhin - im wahrsten Sinne des Wortes - seinen Hut und ging.<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup> Bülent Çatalcalı: 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 222

<sup>91</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 14

<sup>92</sup> ebd, S. 14

Anstatt direkt zu intervenieren, sahen hier die Militärs ihre Rolle in der Fortsetzung des demokratischen Prozesses. Anstatt das Parlament aufzulösen, wurde nach Absprache mit den wichtigsten politischen Parteien, die neue Koalition mit der Unterstützung der Armee eine Technokratenregierung unter Nihat Erim von der CHP gegründet.<sup>93</sup> Bevor das Militär mit den Wahlen im Oktober 1973, die Macht wieder in die Hand der Politiker übergab, erzwang es noch verfassungsrechtliche Änderungen, die der MGK ermöglichten, der Regierung politische Empfehlungen geben zu dürfen.<sup>94</sup>

Wenn auch bei dieser Intervention die Befehlskette keinen Schaden genommen und dieses Mal die höchste Entscheidungsebene der TSK den Regierungswechsel herbeigeführt hatte, so geht man dennoch davon aus, dass das Memorandum zugleich einen Versuch darstellte, „jüngeren Kadern zuvor zu kommen und die TSK vor einer ähnlichen Situation wie 1960 zu bewahren.“<sup>95</sup> Diese Intervention wird als „a last-minute act by the military high command“ bezeichnet, auf die anschließend „Säuberungen“ erfolgten. Nur drei Tage nach der Intervention wurden drei Generäle und acht Oberst von der TSK entlassen. Einige Monate darauf wurden acht pensionierte Offiziere verhaftet und mit „konspirativen Machenschaften“ gegenüber dem Land und mit der Untergrabung der Autorität der TSK beschuldigt.<sup>96</sup>

---

<sup>93</sup> Ben Lombardi 1997: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, S. 206

<sup>94</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APUZ 39-40/2009 S. 10

<sup>95</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 15

<sup>96</sup> ebd, S. 15



## **3.4 Die Instabilität der 1970er**

### **3.4.1 Die Rücktritte der Staatschefs**

Das Kabinett der Erim-Regierung bestand aus elf Parlamentariern und 14 „Technokraten“, die alle Schlüsselpositionen inne hatten. Das Programm der neuen Regierung sah, die Eingrenzung der Zuständigkeiten der Exekutive, die Einschränkung der Medienfreiheit und die Aufhebung der Autonomie der Universitäten vor. Man wollte einen Rechtsstaat in ein Polizeistaat verwandeln und die Ausschaltung der „linken“ Opposition erwirken. Das Militär ging während dieser Zeit verstärkt gegen Linke Gruppierungen vor. Am 26. April 1971, wurde über elf der insgesamt 67 türkischen Provinzen, der Ausnahmezustand verhängt.

Erim selbst war davon überzeugt, dass die türkische Verfassung im Vergleich zu der italienischen, französischen und der deutschen viel zu liberal wäre und sich das Land „dieser Art von Luxus nicht leisten könne“ und hob somit alle demokratischen Grundrechte auf. Doch die Reformen die im Regierungsprogramm vorgesehen waren, konnten aufgrund der Ablehnung der konservativen Mehrheit nicht durchgesetzt werden und das Kabinett war gezwungen im Dezember 1971 zurückzutreten. Auch die zweite Erim - Regierung hielt nicht lange an. Erim trat zurück, weil nach seinen eigenen Aussagen Reformgesetzentwürfe durch das Parlament verschleppt wurden. Nach Erim wurde Suat Hayri und kurz darauf der GP-Abgeordnete Ferit Melen beauftragt, eine neue Regierung zu gründen. Im April 1973 erklärte Melen seinen Rücktritt, um die Wahl eines neuen Präsidenten zu ermöglichen.<sup>97</sup>

Im Oktober 1973 fanden allgemeine Neuwahlen statt, in denen entgegen aller Erwartungen anstatt der AP, die CHP mit Bülent Ecevit mit 33 Prozente

---

<sup>97</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 224

der Stimmen als Sieger hervorging. Bülent Ecevit, der bis 1971 Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei war, hatte von Ismet İnönü den Parteivorsitz der CHP übernommen. Ismet İnönü starb im Dezember 1973, eines natürlichen Todes und galt als der große Mentor für Ecevit. Nach einer monatelangen Krise wurde am 25. Jänner 1974 mit der MSP unter Necmettin Erbakan - der starke nationalistische und pro-islamistische Ansichten hatte - eine Koalition gegründet, die aufgrund der starken Gegensätze von Anfang an zum scheitern verurteilt war.

### **3.4.2 Die Neugründung der islamistischen Partei**

Erwartungsgemäß, war die Koalition von kurzer Dauer und ging bereits nach einigen Monaten in Brüche. „Die türkische Intervention - eine Reaktion auf den von griechischer Seite initiierten Umsturz - brachte dem damaligen Premierminister Bülent Ecevit einen kurzfristigen persönlichen Erfolg“<sup>98</sup>. Doch das Waffenembargo, das durch die USA verhängt wurde, die daraus resultierenden hohen Militärausgaben und das Ausbleiben der Unterstützung aus Europa<sup>99</sup> „trug die Türkei (...) einen lange anhaltenden Schaden davon, der (...) in der Gegenwart noch spürbar ist.“<sup>100</sup> Diese Situation zwang Ecevit zum Rücktritt.

Das Land befand sich erneut in einer Krise, die monatelang andauern sollte, bis schließlich im April 1975 unter Führung von Süleyman Demirel eine „rechte“ Koalitionspartei mit AP, MSP, CGP und MHP gebildet werden, die sich „Nationalistische Front“ nannte.<sup>101</sup>

---

<sup>98</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 31

<sup>99</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 39

<sup>100</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 31

<sup>101</sup> Bülent Çatalcalı: 1998: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 230

Aufgrund der großen Meinungsunterschiede und Ungereimtheiten zwischen den laizistischen und konservativen Islamisten konnte die Regierung unter Führung Demirel's nur 27 Monate halten. Die Regierung war nicht im Stande die Probleme innerhalb der Koalition zu lösen, geschweige denn, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.<sup>102</sup> Die Spaltungen innerhalb der Parteien und die Forcierung der Frontenbildung<sup>103</sup> brachte das Land an den Rand eines Bürgerkrieges.<sup>104</sup>

Während sich die Regierung mit den Differenzen innerhalb der Regierung schlug, geriet das Land immer mehr in eine verheerende ökonomische Lage. Die steigenden Auslandsschulden Außenhandels- und Zahlungsdefizite und die Abwertung der Lira,<sup>105</sup> hohe Inflations- und Arbeitslosenraten, zunehmende Diskrepanz zwischen den besitzenden und arbeitenden Klassen und die mit der ungerechten Einkommensverteilung stets fallende Spar- und Investitionsneigung boten zusammen mit politischen Provokationen einen idealen Nährboden für die Eskalation des Terrors.<sup>106</sup>

Die türkische Gesellschaft war in eine Spirale von Gewalt und Terror geschlittert.<sup>107</sup> Während der zweijährigen Amtszeit der Demirel-Regierung, forderte der politische Terrorismus 300 Todesopfer und Tausende verletzte.<sup>108</sup> Der organisierte Terror und die blutigen Exzesse gingen primär von den Kommandos der „Grauen Wölfe“ aus, der Jugendorganisation der Nationalen Bewegungspartei<sup>109</sup> MHP. Die blutigen Anschläge reichten von

---

<sup>102</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 39

<sup>103</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 230

<sup>104</sup> ebd., S. 230

<sup>105</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S.58

<sup>106</sup> ebd., S.58

<sup>107</sup> ebd., S. 58

<sup>108</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 230

<sup>109</sup> ebd., S. 231

den Strassen, bis hin zu Schulen und Universitäten, die von den Morden, Banküberfällen und Einbrüchen in den Wohnungen und Büros begleitet wurden. Das Risiko auf offener Straße, an der Bushaltestelle oder in der Schule war ziemlich groß und die Angst erfasste Alle. Politiker, Lehrer, Gewerkschafter sowie Redakteure bangten um ihr Leben. Es verging kaum ein Tag ohne Mord und Überfall.

Der organisierter Terror kam auch zu Gunsten der Mafia, die das Geschehen mit Drogeneinnahmen und finanziertem Waffenschmuggel förderten.<sup>110</sup>

Diese fatale politische Atmosphäre konnte Bülent Ecevit bei den Wahlen am 5. Juni 1977 für sich nutzen und gewann mit 41,4 Prozent der Stimmen. Damit verfehlte er nur knapp die absolute Mehrheit. Die AP erhielt 36,9 Prozent, die MHP 6,4 Prozent und die Partei von Erbakan schrumpfte auf 8,6 Prozent der Stimmen.<sup>111</sup> Der größte Verlierer der Wahlen war sicherlich die Demokratische Partei, die nur noch ein einziges Mandat gewinnen konnte.<sup>112</sup> „Der Umkehrtrend zurück zu einem System mit nur zwei großen Parteien steigerte die Rivalität zwischen Ecevit und Demirel. In den folgenden drei Jahren sollte zweimal ein Ecevit-Kabinett von einem Demirel-Kabinett abgelöst werden; jedes Mal fehlten diesen Regierungen die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten, um gestaltende Politik zu machen.“<sup>113</sup>

Eine Stabilität im Land war nicht in Sicht, die Bevölkerung erlebte die höchste Inflation der letzten Jahrzehnte, Güter des täglichen Bedarfs waren nicht erhältlich. Die Anzahl der Morde, Anschläge und Überfälle nahmen zu. In der Nacht auf die Straße zu gehen war nicht zumutbar. Die politisch motivierten Morde nahmen ebenfalls von Tag zu Tag zu. Die Ecevit Amtszeit

---

<sup>110</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 59

<sup>111</sup> Vildan Iyigüngör 2009: Medyada Tanıklık: Türkiye’de Askeri Darbeler , S. 39

<sup>112</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 231

<sup>113</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 39

forderte 1.658 Todesopfer und einige Tausend Verletzte.<sup>114</sup> „Eine objektive Instanz zwischen den sich bekämpfenden Ideologien, Parteien, Bewegungen, Gruppierungen und Zellen war kaum noch vorhanden. „Die Situation eskalierte, denn der Stillstand in der Regierungsarbeit lähmte zunehmend auch die Verwaltung. Das war insbesondere im Hinblick auf die Sicherheitskräfte fatal, die terroristische Akte nun nicht mehr so wirkungsvoll verfolgten. In zahlreichen öffentlichen Organisationen und Institutionen, namentlich an den Universitäten, setzten sich militante Kräfte der einen oder anderen Seite durch und blockierten ein ordentliches Funktionieren. Auch die Sicherheitskräfte wurden von dieser Polarisierung mehr gelähmt. Eine objektive Instanz zwischen den sich bekämpfenden Ideologien, Parteien, Bewegungen, Gruppierungen und Zellen war kaum noch vorhanden. Nicht nur war die türkische Politik blockiert; die Gesellschaft selbst befand sich im Zustand der Auflösung und des inneren Zerfalls.“<sup>115</sup>

„Symptomatisch für die politische Instabilität und die Fragmentierung des Parteiensystems war auch der Umstand, dass in der Zeit seit der Intervention vom März 1971 insgesamt elf Koalitions- und Minderheitsregierungen einander abgelöst hatten. Auch die gewaltvollen Auseinandersetzungen eskalierten derart, dass die Kämpfe zwischen Linken und Rechten täglich 20 bis 30 Tode forderten.“<sup>116</sup> Die Wirtschaftssituation erreichte einen Tiefpunkt: die Inflation erreichte einen Wert von 117,4 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg von 20 auf 25 Prozent, die Produktion der Industrie sank.<sup>117</sup>

Das Militär war besorgt, dass die „ideologischen Auseinandersetzungen, auf sie überschwapen und ihre Einheit gefährden könnte. Eine besondere Bedrohung stellten in ihren Augen auch der kurdische Separatismus und der

---

<sup>114</sup> Bülent Çatalcalı 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei, S. 233

<sup>115</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 40

<sup>116</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 16

<sup>117</sup> Ben Lombardi 1997: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, In: Political Science Quarterly, S. 207

politische Islam da. Die Militärs zogen den Schluss, dass der Laizismus in Gefahr war.“<sup>118</sup>

### **3.5 Die dritte Militär Intervention am 12. September 1980**

Am 12. September 1980 wurde die neu gewählte Regierung von Demirel gestürzt. Bereits in den Morgenstunden rollten die Panzer auf, im Radio spielte Marschmusik, im Fernsehen waren Aufnahmen von Kemal Atatürk und Paraden von den Militärs zu sehen, die sich vor dem Atatürk-Mausoleum versammelt hatten.<sup>119</sup> General Kenan Evren, betonte in seinen Pressemitteilungen, dass der Sturz notwendig war, um das Wohl der Bevölkerung zu garantieren, die Atatürk Prinzipien zu schützen und eine aufrechte Demokratie wiederherzustellen. Evren versicherte auch, dass die politische Macht so bald als möglich an die zivilen Politiker übergeben wird.<sup>120</sup> „The Times Magazine“ berichtete in seiner damaligen Ausgabe vom 22. September 1980, dass Evren mit folgenden Worten die Intervention begründete: "Everyone speaks of national unity, but unfortunately, everyone fails to bring it about." und das Militär "followers of fascist and Communist ideologies, as well as religious fanatics, from destroying the Turkish Republic"<sup>121</sup> verhindern möchte.

„Die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den ultralinken und rechtsgerichteten Gruppierungen, die das Land 1980 an den Rand eines Bürgerkrieges brachten, und die Unfähigkeit der Politiker, die eskalierende

---

<sup>118</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 16

<sup>119</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S. 193

<sup>120</sup> Armağan Kuloğlu, Mustafa Şahin 2006: The Past and the Future of Civil-Military Relations in Turkey, S. 96

<sup>121</sup> The Time Magazine vom 22.09.1980

Gewalt zu kontrollieren, dienten als Rechtfertigung für die dritte Militärintervention. Das militärische Oberkommando der türkischen Streitkräfte übernahm die Macht, löste das Parlament auf, verbot alle politischen Parteien und verbannte führende Politiker für zehn Jahre aus der Politik.“<sup>122</sup>

Man kann den Militäreingriff vom 12. September 1980, als auch die Vollendung des 12. März 1971 betrachten, mit dem einzigen Unterschied, dass diesmal das Militär nicht als Außenseiter die Vormundschaft über die zivile Regierung übernahm, sondern die politische Macht direkt an sich riss.<sup>123</sup>

Anfangs begrüßten viele Türken den Putsch, weil sie sich eine Wiederherstellung der politischen Ordnung wünschten, aber bald zeigten sich die wahren Folgen des Regims unter Kenan Evren. Auch im Ausland wurde die Intervention befürwortet und als eine Notwendigkeit gesehen. An die zivilen Politiker glaubte niemand mehr, weder im In- noch im Ausland.

Doch „Die Militärs hatten sich dieses Mal für ein noch härteres Vorgehen entschieden, und viele Menschen mussten am eigenen Leibe erfahren, was ein Militärregime bedeutet: Es wurde im ganzen Land der Ausnahmezustand verhängt, (...); 650.000 Menschen wurden verhaftet, 171 starben an den Folgen von Folter, 43 Personen wurden hingerichtet, 14.000 Menschen wurden ausgebürgert, viele Publikationen verboten, Gewerkschaften und Verbände aufgelöst, Hunderte JuristInnen, Lehrende an Universitäten und Schulen, und Beamtinnen wurden aufgrund ihrer politischen Gesinnung aus dem Staatsdienst entlassen, viele Bürger mussten ins Ausland flüchten.“<sup>124</sup> Die „Kommunisten“ und diejenigen, die als Kommunisten ernannt wurden,

---

<sup>122</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APUZ. Politik und Zeitgeschichte 39-40/2009

<sup>123</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 60

<sup>124</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 17

deklarierte man zum Staatsfeind. Gewerkschaftsmitglieder, kritische Intellektuelle und Friedensaktivisten wurden verfolgt und baten um Asyl im Westen. Rechtsextremisten, kurdische Separatisten und radikale Islamisten wurden zum Schweigen gebracht. Auch Erbakan wurde verhaftet und musste sich vor Gericht verantworten, erhielt zwar einen Freispruch, wurde aber bis 1987 zu Rede- und Politikverbot verurteilt. Gegen den Rechtsextremisten Alparslan Türkeş forderte der Militärstaatsanwalt sogar die Todesstrafe, doch in aller letzter Instanz wurde er interniert und erhielt ebenfalls Politikverbot.<sup>125</sup> Die Ballungsräume glichen einem Kriegsgebiet, überall waren gepanzerte Fahrzeuge, auf den Dächern Maschinengewehrnester und Soldaten in Kampfuniform zu sehen. Das Alltagsleben, wurde durch Ausweiskontrollen, Hausdurchsuchungen und Ausgangssperren stark eingeschränkt. Das Militär scheute sich vor nichts und griff zu allen Mitteln:<sup>126</sup> „Ungeklärte Todesfälle, Verschwindenlassen von Verdächtigen und, weit verbreitet, die Erpressung von Geständnissen durch Folter.“<sup>127</sup> Allein in dieser Zeit kamen 300 Menschen auf mysteriöse Art und Weise ums Leben und die Todesursachen konnten bis heute nicht aufgeklärt werden.

Bevor sich die Militärherrscher im Dezember 1983 wieder in die Kasernen zurückzogen, veränderten sie noch die Verfassung. Mit dem Artikel 15 gewährten sich die Militärs Immunität und schützten sich dadurch selbst vor jeder juristischen Verfolgung. In der neuen Verfassung wurde die Staatsautorität gestärkt, die Grundrechte eingeschränkt, „insbesondere jene, welche unverantwortliche Streiks oder üble Nachrede in der Presse gestattet hatten“<sup>128</sup>. Der Senat wurde aufgelöst, das Parlament auf eine Kammer

---

<sup>125</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S.194

<sup>126</sup> ebd, S. 193

<sup>127</sup> ebd, S. 193

<sup>128</sup> Perry Anderson 2009: Nach Atatürk. Die Türken, ihr Staat und Europa, S. 72



reduziert und die Position des Präsidenten gestärkt.<sup>129</sup> Die Parteipolitik wurde durch eine Zehn-Prozent Hürde zum Parlament gebändigt. „Der Nationale Sicherheitsrat wurde aufgewertet, sodass die Empfehlungen des Rates von der Regierung fortan mit Vorrang zu behandeln waren. Außerdem wurde in einem entsprechenden Gesetz der Sicherheitsbegriff so ausgedehnt, dass nun jedes erdenkliche Thema in einem vermeintlichen Sicherheitskontext im Rat behandelt werden konnte“.<sup>130</sup> Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für das Kriegsrecht gelockert und die Befugnisse der Kriegsrechtskommandanten erweitert. Das Militär sollte die darauf folgenden Jahren oftmals, gegen die verbotene separatistische Untergrundorganisation, aus diesem Recht Gebrauch machen.<sup>131</sup> Um eine zukünftige Verfassungsänderung auszuschließen, wurden zugunsten des Staatsoberhaupt unüberwindbare Hürden aufgestellt, die die Verfassung schwer änderbar machten.<sup>132</sup>

Die neue Verfassung wurde am 7. November 1982 mit einer 91-prozentigen Mehrheit per Referendum, vom Volk beschlossen wurde. „Die Volksabstimmung zum Verfassungsentwurf, (...), wurde unter Bedingungen vollzogen, die dem Tatbestand der Nötigung nahe kamen. Es Bestand Wahlpflicht; es war verboten, für Nein-Stimmen zu werben und die Propaganda-Reden des Staatsoberhauptes zu kritisieren. Die aufgelösten Parteien durften sich nicht zu dem Entwurf äußern. Die Konsequenzen einer Ablehnung wurden nicht offengelegt. Während einer Pressekonferenz des Generals Evren antwortete dieser auf eine Frage des Chefredakteurs Nadir Nadi prompt: „Ein Nein zur Verfassung würde ein Ja zu unserer Regierung bedeuten. Dann bleiben wir eben am Ruder!“<sup>133</sup> Die Verfassung wurde auch

---

<sup>129</sup> [www.tuerkei-recht.de](http://www.tuerkei-recht.de), (Stand 17.10.2010)

<sup>130</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 17

<sup>131</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 45

<sup>132</sup> Rona Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 62

<sup>133</sup> ebd, S. 63

damit kombiniert, General Evren für die folgenden sieben Jahre als Staatspräsidenten zu bestimmen. Somit trat die 3. Verfassungsänderung der Republik Türkei ab 1983 in Kraft und galt bis 2001.<sup>134</sup>

Vorrangig ging es General Kenan Evren darum, die Bürokratie zu säubern, Gewerkschaften und Universitäten zu entpolitisieren, die er als Ursache für chaotischen Zustände im Land sah. Dazu wurden die Ämter statt mit Parteifreunden mit Fachleuten besetzt, die sich nach gewissen Kleidervorschriften halten mussten. Das Tragen eines Kopftuches sowie eines Vollbartes, das als ein islamisches Symbol galt wurde in Ämtern verboten. Beamte waren gezwungen einer Krawatten und Jackett Pflicht nachzukommen. Schulen, Universitäten und Medien gerieten unter staatliche Aufsicht. In den Universitäten wurde ein „Yükseköğretim Kurulu“ (YÖK) - „Rat für höhere Bildung“ - eingeführt, der für die Ernennung und Berufung von Universitätsprofessoren zuständig war, mit dem Ziel den akademischen Betrieb zu kontrollieren.<sup>135</sup> Um die Medienseite unter Kontrolle zu halten wurde „Radyo ve Televizyon Üst Kurulu (RTÜK) - „der Rat für Radio und Fernsehen - gegründet. Interessant ist jedoch, dass man trotz Abweichung von Atatürk's Divergenzen, mit dem Artikel 24 der türkischen Verfassung, in den Grund- und Mittelschulen den islamischen Religionsunterricht als Pflichtfach einführte. Als Aufsicht dafür wurde das „TC Diyanet İşleri Başkanlığı“ - „Amt für religiöse Angelegenheiten“ - geschaffen, deren Aufgabe es war, auch Aktivitäten der Korankurse zu überwachen. Das Religionsbekenntnis wurde im Pass eingetragen, Atatürk-Bilder in Schulen und Koranschulen aufgehängt und auch die Zahl der staatlich lizenzierten Moscheen stieg in diesen Jahren. Ein klarer Widerspruch in sich, der die Absicht hatte den Islam unter Kontrolle zu halten und ein Gegengewicht zum

---

<sup>134</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S. 194

<sup>135</sup> Hakan Özkan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei, S. 44

existierenden staatsfeindlichen Islam zu schaffen und islamischen Fundamentalismus entgegenzuwirken.<sup>136</sup>

Im Frühjahr 1983 wurde die Gründung von Parteien zugelassen. Zu den Wahlen, die am 6. November 1983 stattfinden sollten, wurden vom Militär drei Parteien zugelassen:

- Die Populistische Partei (HP): Nachfolger Partei der alten CHP, mit Erdal İnönü an der Spitze, dem Sohn des langjährigen CHP-Vorsitzenden İsmet İnönü;
- Nationalistische Demokratische Partei (MDP): Mit einem ehemaligen General Turgut Sunalp an der Spitze;
- Die Mutterlandspartei (ANAP): Mit dem Wirtschaftsfachmann Turgut Özal an der Spitze;

Das „militarisierte Kapital“ bzw. „kapitalistische Militär“ herrscht selbst und zerschlägt „in eigenem Interesse“ ausschließlich die Arbeiterbewegung.<sup>137</sup> Nach dem Putsch von 1960 wurde die Armee, wie bereits betont, in das größte wirtschaftliche Unternehmen des Landes umstrukturiert. 1960 konnte sie noch progressiv agieren; jetzt, 1980, intervenierte sie gänzlich anders, aber genauso wie im Jahre 1971, nämlich als „Systemhalter“.<sup>138</sup>

---

<sup>136</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Eine Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S. 194

<sup>137</sup> Reno Serozan 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei, S. 56

<sup>138</sup> ebd, S. 59

## 4. Auf dem Weg zu einem demokratischen Staat

### 4.1 Die Ära Özal von 1983 bis 1997

Nach den Wahlen am 6. November 1983, aus denen Turgut Özal mit der Mutterlandspartei (ANAP) mit 211 Mandaten als klarer Sieger hervorging, wurde er beauftragt eine neue Regierung zu bilden, die er dann bis 1989 als Ministerpräsident führte.<sup>139</sup>

Turgut Özal schaffte es sich mit der Armeespitze zu arrangieren und der neue Ministerpräsident und späterer Staatschef fand bei den Generälen Akzeptanz. Özal gelang es, sich politisch zu profilieren ohne dabei die Militärs vor den Kopf zu stoßen.<sup>140</sup> In den Jahren nach 1983 schien Özal sich in gewisser Maße gegen das Militär zu behaupten und eine zivile Kontrolle des Landes zu etablieren. Er erreichte eine Debatte zu initiieren, wo es um die Rolle der türkischen Streitkräfte (TSK) ging, und über die Ressourcen die von ihr verschlungen wurde. Darüber hinaus involvierte sich Özal bei der Formulierung der Sicherheitspolitik im Land und kündigte eine Gesetzesänderung an. Er beabsichtigte den Generalstab dem Ministerium für Verteidigung unterzuordnen, wenn seine Partei bei den nächsten Wahlen über die notwendige Mehrheit hierfür im Parlament verfügen. Da die erwartete Mehrheit nicht zustande kam, konnte er sein Vorhaben nicht realisieren.

1986 gelang es ihm, jedoch mit Unterstützung von Kenan Evren seinen eigenen Favoriten Necip Torumtay zum Generalstabschef zu machen und als dieser während des Zweiten Golfkrieges die von Özal eingeschlagenen Weg

---

<sup>139</sup> Kemal H. Karpat 2010: *Asker ve Siyaset*, S. 304

<sup>140</sup> Andrea K. Riemer 1999: *Die Armee in der Türkei*, In: *Südosteuropa*, 48. Jg., 9-10/1999, S. 534

in Frage stellte, war es der Generalstabschef, der sein Amt niederlegte und nicht wie sonst üblich der Premierminister.<sup>141</sup>

Fakt ist, dass es Özal gelang gegenüber dem Militär Stärke zu demonstrieren und wenn auch nur kurzlebig eine gewisse Qualität bei den zivil-militärischen Beziehungen zu erreichen. Doch, auch wenn sich das Militär während dieser Phase von politischen Äußerungen sehr zurückhielt, durfte deren Machtposition nie in Frage gestellt werden, denn bereits 1997 gelang es den Militärs erneut, eine Regierung aus dem Amt zu vertreiben.<sup>142</sup>

## **4.2 Die Ära der Koalitionsregierungen**

1987 wurden nach einer Volksabstimmung, die von der Militärregierung verbotenen Politiker, wieder zur Politik zugelassen. Die alten Politiker die sieben Jahre keine politischen Aktivitäten ausüben durften, kehrten wieder an die politische Arena zurück. Es waren die alten politischen Persönlichkeiten die wieder ihren Sitz an der Spitze der neu gegründeten Parteien einnahmen.<sup>143</sup> Bei den Wahlen im Jahre 1991 wurde eine Koalitionsregierung zwischen der Partei des rechten Weges (DYP) und der sozialistischen Volkspartei (SHP) gegründet. Doch war es dieser Koalition nicht möglich die versprochenen Reformen und unter anderem die Aufhebung aller undemokratischen Gesetze der Militärdiktatur, zu verwirklichen. Hinzu kam, dass die Wirtschaft seit Anfang der 90er stagnierte und weite Teile der Bevölkerung in die Armut trieb.

All diese Faktoren kamen der Wohlfahrtspartei (RP) mit Necmettin Erbakan an der Spitze zu Gute. Der RP war es aufgrund einer Re-Islamisierung seit dem letzten Eingriff des Militärs gelungen, einen erheblichen

---

<sup>141</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 18

<sup>142</sup> ebd, S. 18

<sup>143</sup> Cengiz Günay 1999: Der Islam als politischer Faktor in der Türkei, S. 151

Stimmungszuwachs zu verbuchen.<sup>144</sup> So gelang es schließlich der RP aus den Wahlen von 1995 mit 21 Prozent als stimmenstärkste Partei hervorzugehen.

Bei den darauf folgenden Regierungsverhandlungen, spielte die Armee - wenn auch nur im politischen Hintergrund - eine Schlüsselrolle. Zuerst wurde die Regierungsbildung zwischen RP und ANAP aufgrund von Militärdruck verhindert und anschließend, auf Vorschlag der Armeeführung, eine Koalition zwischen der Mutterlandspartei (ANAP) und der Partei des rechten Weges (DYP) gegründet. Gleichzeitig setzte das Militär wiederholt Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich.<sup>145</sup> Doch bereits nach drei Monaten scheiterte die Koalition zwischen ANAP und DYP. Das führte dazu, dass Erbakan (RP) und Tansu Çiller (DYP) sich auf eine gemeinsame Regierung einigten.

Erbakan, der als Symbol für den politischen Islam in der Türkei galt, wurde somit zum Ministerpräsidenten.<sup>146</sup> Die neue Züricher Zeitung schreibt in seiner damaligen Ausgabe: „Die muslimischen Länder des Mittelmeerraums stehen seit längerem - wie andere Staaten der islamischen Welt - vor dem Problem, eine Antwort auf die Machtansprüche religiöser Parteien und Gruppierungen zu finden. Je nach Land stellen sich die Verhältnisse sehr unterschiedlich dar. Die Türkei ist damit ein Sonderfall. Hier sitzt seit zehn Monaten eine islamistische Gruppierung, Necmettin Erbakans Wohlfahrtspartei (RP), in der Regierung. Die Armeeführung, die sich als Hüterin der laizistischen Ausrichtung des Landes betrachtet, hat das Experiment von Beginn weg mit unverhohlenem Misstrauen verfolgt.“<sup>147</sup>

---

<sup>144</sup> Cengiz Günay 1999: Der Islam als politischer Faktor in der Türkei, S. 151

<sup>145</sup> Andrea K. Riemer 1999: Die Armee in der Türkei, In Südosteuropa, 48. Jg., 9-10/1999, S. 535

<sup>146</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 19

<sup>147</sup> Andrea K. Riemer 1999: Die Armee in der Türkei, In Südosteuropa, 48. Jg., 9-10/1999, S. 535

Nach Bildung der neuen Regierung zwischen RP und DYP wurde jeder Schritt der Koalition beobachtet und registriert,<sup>148</sup> „besonders aber die Tatsache, dass ein Split-Government gegeben hat. Die Uneinigkeit in der Regierung, das Fehlen eines abgestimmten Vorgehensplans und die Forcierung islamischer Elemente in der türkischen Gesellschaft durch die RP“<sup>149</sup>, die Idee einer islamischen Version der UNO, der NATO und der EU, die Debatte über eine Einführung einer islamischen Währung und Aufhebung des Kopftuchverbotes für Staatsbedienstete, stellten für die Armee einen unannehmbaren Zustand dar. Als im Januar 1997 Erbakan bei einer Veranstaltung im Stadtteil Sincan in Ankara, über eine Wiedereinführung der „Scharia“ sprach, reichte es den Militärs.<sup>150</sup> „Um eine unmissverständliche Warnung an die Regierung zu schicken, ließ die Armee kurzerhand Panzer durch das Stadtteil von Sincan fahren. Der zweite Stabschef, General Çevik Bir, sollte die TSK rühmen, mit diesem Akt eine ‚Balance-Einstellung‘ des demokratischen Systems vorgenommen zu haben. Es war in der Zwischenzeit auch die ‚Arbeitsgruppe West‘ zur Überwachung der ‚islamistischen‘ Aktivitäten und Ausarbeitung von Gegenmaßnahmen eingerichtet worden. Sie sollte auch feststellen, wer auf welcher Seite kämpfen würde, sollte es zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der Armee und militanten Islamisten kommen.“<sup>151</sup>

### **4.3 Der Postmoderne Putsch von 1997**

Am 28. Februar 1997, traf unter dem Vorsitz Erbakan's der Nationale Sicherheitsrat zusammen. Bei diesem Treffen, wurde der politischer Islam als eine Bedrohung erklärt und Erbakan wurde mit einem 18-Punkte-Programm

---

<sup>148</sup> ebd, S. 536

<sup>149</sup> ebd, S. 536

<sup>150</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 19

<sup>151</sup> ebd, S.19

konfrontiert und war gezwungen diesen zu akzeptieren. Der Maßnahmenplan sollte den Einfluss des politischen Islams untergraben, indem „Brutstätten des Islams“ ausgeschaltet werden. Der Forderungskatalog hatte eine Schulreform beinhaltet, in dem die Schulpflicht von fünf auf acht Jahre ausgedehnt werden sollte, mit der Absicht die Mittelstufe der Imam-Hatip-Schulen<sup>152</sup> (Predigerschulen) auszuschalten, mit dem Ziel den Einfluss des politischen Islams in der türkischen Unter- und Mittelschicht auf die Jugendlichen abzuschwächen.<sup>153</sup> Hinzu kam, dass die nichtstaatlichen Korankurse strengeren Kontrollen unterworfen, indem sie dem Erziehungsministerium unterstellt wurden. Nach der neuneinhalbstündigen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates setzte General Karadayı den Premierminister Erbakan darüber in Kenntnis „dass die Trennung von Staat und Religion, die pluralistische Demokratie und die Rechtsordnung bedroht sei.“<sup>154</sup> „Es war ein Ultimatum, alle Elemente seiner islamisch orientierten Politik ins Gegenteil zu verkehren. Medien und Diplomaten gegenüber ließ man durchblicken, dass sonst ein Putsch nötig werden könnte.“<sup>155</sup> Erbakan hatte keine andere Wahl und musste den Maßnahmenkatalog akzeptieren.

Doch die Mission der Militärs war noch nicht vollendet. In einer weiteren Etappe sollte die Regierung gestürzt werden. Um einen Rücktritt Erbakan's zu erreichen, wurde der Druck auf die Regierung erhöht. „Die Armeeführung bekräftigte wiederholt, die von Atatürk vererbte laizistische Demokratie und den Weg zur zeitgenössischen Zivilisation' zu schützen, während Erbakan, um einer weiteren Diskretion bei seinen Anhängern entgegenzuwirken, trotzig verlautbaren ließ: „Niemand hat die Macht, gottesfürchtige Menschen

---

<sup>152</sup> Ein staatliches Berufsgymnasium, nach deren Abschluss man zum Imam (Vorbeter) und Prediger berechtigt ist.

<sup>153</sup> Feroz Ahmad 2003: Geschichte der Türkei, S. 190

<sup>154</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Eine Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S. 291

<sup>155</sup> „Zäher Machtkampf mit den Generälen“, In: Die Welt vom 28.02.2007



zu besiegen!“<sup>156</sup> Diese Ereignisse, führten in den Großstädten zu zahlreichen Massenaufmärschen der Erbakan-Anhänger. Auf der Gegenseite mobilisierten sich die „Kemalisten“ und veranstalteten Demonstrationen gegen die Islamisten. Die Gewerkschaft hingegen forderte: „*Weder Gottesstaat, noch Militärputsch, sondern Rechtsstaat*“. Doch diese Demonstrationen schüchtern die Armeeführung nicht ein, der Druck auf Erbakan wurde verschärft, indem ein Ermittlungsverfahren von der Justiz veranlasst wurde, weil dieser bei einem Interview, das schon lange zurücklag, Atatürk als „Feind des Islams“ bezeichnet hatte.<sup>157</sup>

Hinzu kam, dass im November 1996 die Existenz eines „tiefen Staates“, das auch als ein „Staat im Staate“ bezeichnet wird, durch einen Autounfall in Susurluk aufgedeckt wurde. Man forderte die Erbakan-Regierung gegen den „tiefen Staat“ vorzugehen. Das Militär ergriff auch diese Gelegenheit und verlangte Maßnahmen gegen die Bedrohung des säkularen Staates.<sup>158</sup>

Erbakan versuchte noch vergebens die Reformen hinauszuzögern und dem Druck stand zu halten, reichte aber schließlich am 18. Juni 1997 seinen Rücktritt ein.<sup>159</sup> Bereits ein Jahr später setzte man ein Verbot der Wohlfahrtspartei (RP) durch.

Çiller hoffte nun auf den Sessel des Premiers, doch Präsident Süleyman Demirel, beauftragte Mesut Yılmaz von der ANAP mit der Regierungsbildung.<sup>160</sup> Tansu Çiller befürchtete vermutlich die Aufdeckung

---

<sup>156</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei. Eine Nation zwischen Europa und dem nahen Osten, S. 292

<sup>157</sup> ebd, S. 293

<sup>158</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei. In: APUZ 39-40/2009, S. 11

<sup>159</sup> Udo Steinbach: Stationen der Innenpolitik seit 1945. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 277, 4. Quartal 2002

<sup>160</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivil-militärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 21

ihrer illegalen Machenschaften und Korruptionsvorwürfe und hatte vor der Koalitionsauflösung versucht verzweifelt an der Macht zu bleiben, in dem sie laufend die Positionen wechselte. Vielleicht weil sie auch Gefahr lief, dass Erbakan belastendes Material präsentieren könnte.<sup>161</sup>

„Im Januar 1998 wurde die RP wegen ‚Missachtung des Verfassungsgebots der Trennung von Staat und Religion‘ vom türkischen Verfassungsgericht verboten.“<sup>162</sup> Vorausschauend auf dieses Verbot hatte man bereits einige Monate davor eine „Ausweichpartei“ unter dem Namen „Fazilet Partisi“ (FP) - „Tugendpartei“ gegründet wurde, dem die meisten RP-Abgeordneten nahtlos übertraten.<sup>163</sup> Im Juni 2001 wurde die FP mit der Begründung, dass es sich um eine Neugründung der RP handle, verboten.

Nach dem Parteiverbot verklagte Erbakan die Türkei beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das Gericht sah aber die erlassenen Verbote mit der Begründung, dass es als eine Notwendigkeit gedient hätte, Staat und Gesellschaft zu schützen, als rechtmäßig. Außerdem hätte die Partei zu Gewalt aufgerufen und andere Glaubensrichtungen diskriminiert und sich für die Einführung der Scharia bekannt. Dieses Verhalten widerspreche der Europäischen Konvention für Menschenrechte, die auch von der Türkei unterzeichnet wurde.<sup>164</sup>

Dies sollte als der „postmoderne Putsch“ in die Geschichte der Türkei eingehen und war gleichzeitig der der erster Putsch, der ohne Gewalt und ohne Machtübernahme der Militärs auskam. Doch dies sollte noch nicht das Ende der Militärinterventionen sein.

---

<sup>161</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei, S. 293

<sup>162</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007, S. 28

<sup>163</sup> Udo Steinbach: Stationen der Innenpolitik seit 1945. In: Informationen zur politischen Bildung Heft 277, 4. Quartal 2002

<sup>164</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007, S. 28

Mit der RP kam es zu einer Rücktransformation der Türkei in ein islamischen Staat. Die Partei konnte sich auf Druck ihres Koalitionspartners und des Militärs in den demokratischen Parametern der Türkei nicht bewegen. Trotzdem konnte eine Islamisierung des öffentlichen Raums und die Politisierung des Islams, die zu einer Spannung der innenpolitischen Klimas führte, nicht vermieden werden. Die RP scheiterte nicht nur auf Grund dem Druck des Militärs, sondern vor allem an der politischen Haltung, dass als sehr verschlossen und in den Augen der Wähler nicht mehr als zeitgemäß gesehen wurde. Dies führte auch zu einer Spaltung innerhalb der Partei, die zum Teil den autoritären Führungsstil und die islamistische Rhetorik von Erbakan kritisierten. Außerdem hatte es die RP nicht geschafft die gesamtwirtschaftlichen Lage des Landes, in der es sich befand zu verbessern. Dies verschreckte die RP Wähler und führte zur einer Distanzierung von der islamistischen Bewegung, wodurch es politisch und auch finanziell geschwächt wurde. Das traditionelle Erbakan-nahe Lager versammelte sich in der „Saadet Partisi“ (SP) - „Wohlergehenspartei“ und die „Reformisten“ in der „Adalet ve Kalkınma Partisi“ (AKP) - „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“ mit Recep Tayyip Erdogan an der Spitze, der in den 90er Jahren als sehr erfolgreicher Oberbürgermeister von Istanbul gedient hatte und damit landesweit einen Namen machte.<sup>165</sup>

Dies bedeutete das Ende der islamistischen Ära, die stets mit dem Namen Necmettin Erbakan verbunden war und der Beginn einer neuen Ära, die zu vielen Veränderung und Reformen im Land führen sollte.

---

<sup>165</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007, S. 28

## 5. Reformen und Neuordnung der Mächte

### 5.1 Beginn der AKP Ära

2001 stand die Türkei am Rande eines wirtschaftlichen Ruins und erlebte eine schwere Wirtschaftskrise. Der gesundheitliche Zustand von Premier Ecevit war in einer schlechten Verfassung. Das war Anlass für Besorgnis, ob er in diesem Zustand noch das Land regieren könnte. Es gibt auch Spekulationen darüber, dass auch die Generäle diese Sorgen teilten und an den damaligen Vize Hüsamettin Özkan herantraten und ihn aufforderten, Ecevit zum Rücktritt zu überreden, um seinen Platz einzunehmen. Er aber lehnte das „Angebot“ der Militärs ab. Dieser Bericht wurde nie von Özkan dementiert und kann so als ein weiterer Versuch der Militärs in das politische Geschehen einzugreifen gesehen werden.<sup>166</sup>

Doch Ecevit gelang es nicht, dieser Situation lange Stand zu halten. Nachdem 2002 Hüsamettin Özkan die Partei verließ, um gemeinsam mit Ismail Cem, der ebenfalls die DSP verlassen hatte, eine neue Partei zu gründen, führte dies DSP in eine interne Krise. Hinzu kamen interne Konflikte zwischen den Koalitionsparteien, dass zu Frühwahlen führte und die politische Landschaft der Türkei langfristig grundlegend verändern sollte.

Am 3. November 2002 fanden Neuwahlen statt, die um siebzehn Monate vorgezogen wurden. Die etablierten Parlamentsparteien erhielten eine klare Abfuhr von den Wählern und scheiterten bereits bei der 10-Prozent Wahlhürde. Die DYP, mit Tansu Çiller an der Spitze, erhielt 9,54 Prozent; die MHP, mit Devlet Bahçeli an der Spitze, 8,36 Prozent; die ANAP, mit Mesut Yılmaz an der Spitze, 5,13 Prozent; die SP, mit Recai Kutan an der Spitze, 2,49 Prozent und die DSP, nach wie vor mit Bülent Ecevit an der Spitze, 1,22 Prozent.

---

<sup>166</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 22

Mit den Wahlen errang die im Sommer des letzten Jahres gegründete AKP mit 34,28 Prozent die absolute Mehrheit.<sup>167</sup> Recep Tayyip Erdogan sowie viele andere Parteifunktionäre stammten aus den Kadern der Wohlfahrtspartei - die erst vor fünf Jahren vom Verfassungsgerichtshof aufgelöst wurde.<sup>168</sup> Die CHP, mit Deniz Baykal an der Spitze, erhielt 19,39 Prozent der Stimmen<sup>169</sup> und bildete die zweite und letzte Fraktion.

Die Wähler erteilten somit den korrupten und auf eigene Vorteile bedachten Politikern eine ordentliche Abfuhr.

Die AKP verdeutlichte einen Ideologiewandel, dass klar auf den republikanischen Grundsatz der Türkei ausgerichtet war und respektierte den Kemalismus und den Laizismus. „Allerdings wird der Laizismus nicht als Kontrolle, sondern als Neutralität des Staates gegenüber allen Religionen aufgefasst.“<sup>170</sup> Die AKP forderte ein freies Unternehmertum und eine Marktwirtschaft, dass auch die Interessen des Mittelstandes berücksichtigte. „Der wichtigste Punkt im Parteiprogramm – und zugleich größte Unterschied zu Erbakan's RP – ist das klare Bekenntnis zur westlichen Gemeinschaft. Der Beitritt zur Europäischen Union (EU) wird als prioritäres Ziel erwähnt, die NATO und die USA nach der EU als wichtigste Partner genannt. Die islamische Welt spielt nur eine untergeordnete Rolle.“<sup>171</sup>

In seiner ersten öffentlichen Rede zitierte Erdogan mehrmals Atatürk. Seine Kritiker warfen ihm die Verschleierung des Glaubens durch Täuschung vor

---

<sup>167</sup> Erhard Franz 2003: Das Parteiensystem in der Türkei, AP Juni 2003, S. 34

<sup>168</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 22

<sup>169</sup> Erhard Franz 2003: Das Parteiensystem in der Türkei, AP Juni 2003, S. 34

<sup>170</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007, S. 29

<sup>171</sup> ebd, S.29

und man konfrontierte ihn mit früheren Aussagen, wofür er im September 1998 zu einer Haftstrafe von zehn Monaten verurteilt wurde. Erdogan hatte in einer Rede ein Gedicht von Ziya Gökalp zitiert, worin der Dichter folgendes sagt: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Das Zitat lies ihn zum „Verbrecher gegen den Staat“ verurteilen. Die Verhaftung machte Erdogan zum Märtyrer und tausende feierten seine Fahrt ins Gefängnis.

## **5.2 EU-Heranhführungsprozess der AKP**

Die AKP erwies sich gleich nach Übernahme der Regierungsgeschäfte als eine neue Reformkraft und konnte auch aufgrund seiner absoluten Mehrheit alles durchsetzen. Im Zuge der EU-Heranhführungsprozesses wurden allein im Zeitraum von Dezember 2002 bis März 2003 über 54 Verfassungs- und Gesetzesänderungen durchgesetzt und der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 erreicht werden. Mit den Reformen konnten die langjährige Diskriminierung der kurdischen und christlichen Minderheiten, aber auch von Randgruppen wie Behinderte und Homosexuelle - die sonst in vielen islamischen Ländern ein Tabuthema sind - zumindest rechtlich beendet werden.<sup>172</sup>

Die Reformen haben unter anderem die Umwandlung der MGK in eine beratende Institution mit einem zivilen Generalsekretär beinhaltet. Damit unterbindet man die Macht der Militärs, „im Land eigenmächtige Sicherheitsermittlungen anzustellen.“ Die vom Militär verwendete Staatliche Mittel unterlagen ab nun an der Kontrolle des Rechnungshofs. Darüber

---

<sup>172</sup> Cemal Karakaş 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007, S. 31

hinaus verbesserte man auch die parlamentarische Kontrolle über das Militärbudget.<sup>173</sup>

Das Konfliktpotenzial zwischen der AKP und der Armee war vorprogrammiert und ließ nicht lange auf sich warten. Der Parlamentspräsident Bülent Arinç kam in Begleitung seiner Gattin, die ein Kopftuch trug zum Flughafen, um den Präsidenten zu verabschieden, der zu einem NATO-Gipfel nach Prag flog. Die TSK kritisierte diese Haltung, da es sich aus ihrer Sicht hierbei um einen offiziellen Staatsakt handelte und das Kopftuch mit den laizistischen Prinzipien nicht vereinbar war. Die TSK-Führung hielt daraufhin ihren traditionellen Besuch anlässlich der Amtsübernahme bei Bülent Arinç demonstrativ kurz (drei Minuten) und machte so ihren Protest kund. Die Medien interpretierten diesen Vorfall als eine Antwort des Militärs auf den „Kopftuchzwischenfall“. Im April des folgenden Jahres wiederholte sich ein ähnlicher Vorfall, indem die Generäle und sowie die CHP Opposition den Empfang des Parlamentspräsidenten im Zuge der Feierlichkeiten zur Parlamentsgründung am 23. April 1920, boykottierten. Auch wenn Arinç zuvor schon erklärt hatte, dass seine Gattin nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen wird.<sup>174</sup>

Zur Frage des EU-Beitritts der Türkei, wurde die Position der Militärs am Besten in einem Artikel wiedergegeben, in dem festgehalten wird, dass die EU-Reformen „nach einer wirklichen Revolution in der Denkweise der Militärführung“ verlangen.<sup>175</sup>

Der Reformeifer der AKP Regierung ist ohne Zweifel einerseits auf die Absicherung der Eigeninteressen begründet und andererseits versprach sie sich mit dem EU-Betritt den Einfluss des Militärs abzuschwächen. Die

---

<sup>173</sup> ebd., S.12

<sup>174</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 23

<sup>175</sup> Sahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APUZ 39-40/2009, S. 12

Reformen zielten auch bewusst darauf ab, den Vorwurf, dass die AKP die Scharia befürworte zu entkräften. Aufgrund der internationalen Unterstützung durch die USA und die EU für den durch die AKP repräsentierten gemäßigten Islam, entschärfte den Widerstand der kemalistischen Elite.<sup>176</sup> Mit der Zusage auf eine Vollmitgliedschaft in die EU, genoss die AKP einen großen Zuspruch in der Öffentlichkeit und brachte so die EU-Reformen rasch durch.

Trotz eines verbreiteten Misstrauens unter der Armeeführung in Bezug auf die Haltung der Regierung zum kemalistischen Säkularismus, unterstützte die Militärführung unter dem Kommando des Generals Hilmi Özkök die EU-Reformen.<sup>177</sup> Oder besser gesagt, ihnen blieb wahrscheinlich nichts anderes übrig. Darüber hinaus hatte die EU-Mitgliedschaft auch für die Militärs bei der Erreichung ihres kemalistischen Prinzips, eine moderne und verwestlichte Türkei zu schaffen, eine entscheidende Rolle. Die TSK stellten sicher, dass trotz dem EU-Beitrittsprozess ihre Vormundschaft gefährdet wird. Der Artikel 35 und 85/1, dass den Militärs den Schutz und Erhalt der Republik bei interner und externer Bedrohung ermöglichte, wurde nicht geändert. Auch das blieb. Mit Artikel 2a die Aufgabe des Nationalen Sicherheitsrates, dass den Militärs die direkte Intervention in die türkische Politik ermöglichte, blieb vorerst bewahrt.<sup>178</sup>

Trotz anfänglicher Differenzen in Bezug auf die Kopftuchdebatte und das Vorhaben der AKP das Bildungssystem zu reformieren, um so auch den Imam-Hatip (Predigerschulen) AbsolventInnen einen Zugang zu den Universitäten zu ermöglichen, schien es, dass die neue Regierung und der Generalstabschef Hilmi Özkök vorerst eine Übereinkunft finden konnten.

---

<sup>176</sup> Mehtap Söyler 2009: Der demokratische Reformprozess in der Türkei, In: APUZ 39-40/2009, S.4

<sup>177</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APUZ 39-40/2009, S. 12

<sup>178</sup> Mehmet Bardakçı 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 24



Zumindest konnte man sich auf eine gemeinsame Linie in der Zypernpolitik und in der Frage des EU Beitritts einigen.

Der Generalstabschef Hilmi Özkök bevorzugt es sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger in den meisten Fällen im Hintergrund zu halten, um so öffentliche Auseinandersetzungen mit der Regierung zu vermeiden.<sup>179</sup> So gelang der AKP und den Militärs unter der Führung von General Özkök eine funktionierende Beziehung aufzubauen, dass den Prinzipien eines demokratischen Staatsmodells entsprach. General Hilmi Özkök schlug sogar eine Neudefinierung des „Atatürkismus“ vor und betrachtete dies als eine Weltanschauung und nicht als eine streng definierte Ideologie. Kritisierte sogar militärische Interventionen und begründete, dass Patriotismus nicht auf die TSK beschränkt werden kann.<sup>180</sup>

„Diese Art der Amtsführung war aber nicht für alle akzeptabel, und Özköks Stil wurde zum Gegenstand der Kritik. Bereits während seiner Amtszeit waren in der Presse Berichte aufgetaucht, wonach Özkök Premier Erdogan über die Unzufriedenheit von jüngeren Offizieren mit seiner Amtsführung informierte. Özkök reagierte auf diese Berichte mit der Bemerkung, er sei stolz darauf, ein Demokrat zu sein. Unter Bedacht auf das Volk, auf die wirtschaftliche Stabilität sowie auf die Außenpolitik des Landes habe er von offenen Streitereien mit der Regierung abgesehen. Man habe auch ignoriert, dass er die Regierung in Bezug auf den Reaktionismus stets gewarnt habe.“<sup>181</sup>

Aus Medienberichten geht hervor, dass Özkök von Anfang an ein umstrittener Kandidat für dieses Amt war. Sein Vorgänger Hüseyin Kivrıkođlu bestätigt in einem Interview, dass sein Wunschkandidat jemand anderer

---

<sup>179</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 24

<sup>180</sup> Mehmet Bardakcı 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 25

<sup>181</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 24

gewesen sei, der besser in der Lage gewesen wäre, gegen den Reaktionismus anzukämpfen, doch konnte er die Ernennung von Özkök nicht verhindern. Sein Wunschkandidat war General Aytaç Yalman - der als Hardliner galt - den er damals zum Kommandanten der Landstreitkräfte und General Şener Eruygur zum Kommandanten der Gendarmerie ernannte. Sein Ziel war es damit den Handlungsspielraum von Özkök einzuschränken.<sup>182</sup>

### **5.3 Zivilmilitärische Beziehungen unter Büyükanit**

Mit der Ernennung von Yaşar Büyükanit zum Generalstabschef begann eine neue Periode in den zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei. Bereits im Vorfeld sorgte die Ernennung von Büyükanit für aufsehen. Büyükanit wurden Kontakte zu einer illegalen Gruppierung innerhalb der Gendarmerie vorgeworfen, die an einer aussergerichtlichen Tötung eines PKK Anhängers beteiligt war. Darüber hinaus sorgte auch seine jüdische Herkunft zu einer Diffamierungskampagne. Auch die AKP versuchte die Ernennung Büyükanit's zum Generalstabschef zu verhindern, doch ohne Erfolg. Die Befürchtungen der AKP Regierung, dass Büyükanit eine Anti-AKP-Beziehung pflegen wird, bestätigte sich bald.

Gleich zu Beginn des Amtsantrittes von Yasar Büyükanit nahm das Militär ihre altbekannte Rolle in Entscheidungsprozessen bei Sicherheits- und Aussenpolitischen Fragen ein. Die neue militärische Führung hatte im Gegensatz zu der Regierung Autorität über Themen wie die Zypern-Frage, die Entsendung von Truppen ins Ausland und auch über die Waffen-Beschaffungspolitik. So versuchte Büyükanit zuerst unmittelbar vor dem EU-Gipfel im Dezember 2006 den Vorschlag der AKP Regierung an die EU, den griechischen Zyprioten zu einem türkischen Hafen und Flughafen Zugang zu

---

<sup>182</sup> ebd, S. 25

gewähren insofern zu verhindern, indem es die Behauptung stellte, nicht über dieses Vorhaben informiert worden zu sein. Anschließend reduzierte Büyükanit die Anzahl der Truppen die für eine UN-Friedensmission in Libanon eingesetzt werden sollten. Bei der Beschaffung der Waffen bevorzugte das Militär im Gegensatz zu den europäischen die US-Waffen.<sup>183</sup> Das war noch nicht das Ende der militärischen Einflussnahme, die unter Büyükanit verstärkt wurde.

#### **5.4 Das e-Memorandum vom 27. April 2007**

Als im April 2007 die AKP Regierung beschloss, den damaligen Außenminister Gül zum Präsidenten zu ernennen, definierte Yasar Büyükanit bei einer Pressekonferenz die grundlegenden Eigenschaften eines Präsidenten: Das jeder Präsident verpflichtet sei Säkularismus nicht nur in Worten, sondern auch in die Tat umzusetzen. Der neue Präsident dürfe keinen „versteckten“ Islamismus vorleben und muss aufrichtig und loyal zur Republik und auch zum Verfassungsprinzip, dem Säkularismus, zu sein.<sup>184</sup> Darüber hinaus verwies das Militär die Regierung auf die Webseite des Generalstabs hin, worin verdeutlicht wurde, „dass sie einen Präsidenten, dessen Frau ein Kopftuch trägt, nicht akzeptieren würden.“<sup>185</sup> Die AKP verfügte über eine klare Mehrheit im Parlament und die Wahl Abdullah Gül's zum Präsidenten sollte kein größeres Problem darstellen.

Doch für die CHP und für die Armee war Gül ein Dorn im Auge. Die Wahl Gül's zum Präsidenten bedeutet einerseits, dass das kritische Amt des Präsidenten verloren ging und andererseits bestände kein Gegengewicht

---

<sup>183</sup> Mehmet Bardakcı 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 27

<sup>184</sup> ebd, S. 30

<sup>185</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S. 13

mehr zur Regierung. Zugleich war die Vorstellung, dass in Çankaya eine First Lady mit einem Kopftuch residieren würde, unannehmbar.

Um die Wahl Gül's zum Präsidenten zu verhindern, kam es zu Massendemonstrationen, die vom Verein für Atatürk'sches Gedankengut (Atatürkçü Düşünce Derneği) organisiert wurden.<sup>186</sup>

Schließlich fand am 27. April 2007 die erste Runde der Abstimmung für die Wahl des Präsidenten statt. Der AKP Kandidat Abdullah Gül erhielt die erforderlichen 367 Stimmen vom Parlament. Die Vertreter der anderen Parteien boykottierten die Wahl und waren nicht anwesend.<sup>187</sup> Später kursierten im Internet Audioaufnahmen, auf denen angeblich der ehemalige Generalstabschef Ismail Hakkı Karadayı zu hören war. In den Aufnahmen forderte Karadayı den Vorsitzenden der ANAP, Erkan Mumcu auf, nicht an der Abstimmung teilzunehmen und dass allein die TSK das „AKP Problem“ lösen könnte, auch wenn die Wahl für die AKP erfolgreich verlaufen würde.<sup>188</sup>

Noch in derselben Nacht reichte die CHP beim Verfassungsgericht die Annullierung der Wahl ein, da beim ersten Wahlgang lediglich 361 Abgeordnete anwesend waren. Die CHP berief sich dabei auf die These, wonach die Wahl des Präsidenten nur bei Anwesenheit von mindestens 367 Abgeordneten möglich sei. Wobei diese These von vielen hinterfragt wurde und die Wahl von Turgut Özal im Jahre 1989 auch mit weniger als 367 Abgeordneten stattgefunden hat und trotzdem nicht annulliert wurde.<sup>189</sup>

Parallel dazu veröffentlichte der Generalstabschef Büyükanıt noch in der selben Nacht eine Presseerklärung auf seiner Webseite, worin deutlich betont wurde, dass das Militär um das säkulare System besorgt wäre und

---

<sup>186</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 29

<sup>187</sup> Mehmet Bardakci 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 30

<sup>188</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 29

<sup>189</sup> ebd, S. 29

der AKP-Kandidat nicht die notwendigen Kriterien vorbringen würde und verwies dabei erneut auf das Kopftuch seiner Frau und seine islamistische Vergangenheit.<sup>190</sup> Gleichzeitig erinnerte Büyükanıt, dass die TSK keine neutralen Beobachter, sondern Hüter der laizistischen Prinzipien sei und wenn notwendig, keine Scheu davor habe ihren Standpunkt offen zu legen und nicht zögern würden, auch entsprechend zu handeln.

Diese Presseerklärung ging zugleich als „E-Memorandum“ in die Geschichte der Türkei ein und trat eine „e-Putsch“ Diskussion los, die bis heute andauern sollte.

Die Reaktion der AKP-Regierung auf das Memorandum war hart. Am nächsten Tag trat der Regierungssprecher Cemil Çiçek vor die Kameras und legte die Position der Regierung dar: In einem demokratischen Land in dem ein Rechtsstaat herrsche, sei es unvorstellbar, dass ein Generalstabschef eine Erklärung gegen die Regierung macht.<sup>191</sup> Der Generalstab hätte seine gesetzlich festgelegten Aufgaben und solle unter der Befehlsgewalt der Regierung diese wahrnehmen. Außerdem könne man die Presseaussendung des Generalstabs als ein Versuch wahrnehmen die Justiz zu beeinflussen, die über die Präsidentschaftswahl zu entscheiden hatte<sup>192</sup>

Während sich die politischen Spannungen verschärften entschied sich das Verfassungsgericht - mit der Befürchtung ihr Gesicht gegenüber der Öffentlichkeit zu verlieren - für die Anfechtung des Wahlganges, da die erforderliche Mandatszahl nicht anwesend war und erklärte somit die Wahl für ungültig. Als schließlich auch beim zweiten Wahlgang weniger als 367

---

<sup>190</sup> Mehmet Bardakçı 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 30

<sup>191</sup> ebd, S. 30

<sup>192</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 30

Abgeordnete anwesend waren, blieb Gül nichts anderes übrig, als seine Kandidatur zurückzuziehen.<sup>193</sup>

## 5.5 Neuwahlen

Die Regierung war nicht mehr im Stande diesem Druck standzuhalten und entschied sich für eine Auflösung des Parlaments und kündigte Neuwahlen an. Bei den Parlamentswahlen im Juli 2007, wo eine Wahlbeteiligung von Rund 80 Prozent erreicht werden konnte, erhielt die AKP 46,7 Prozent der Stimmen. Das waren rund 13 Prozent mehr als bei den Wahlen 2002 und erreichte somit die Absolute im Parlament. Künftig bedeute das 339, von insgesamt 550 Abgeordneten. Die Zweidrittel-Mehrheit wurde somit erneut knapp verfehlt. Die CHP erhielt 20,8 Prozent und die MHP 14,3 Prozent der Stimmen. Darüber hinaus wurden 27 unabhängige Kandidaten gewählt, wobei 21 Abgeordnete davon von der kurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) - die erstmals seit eineinhalb Jahrzehnten wieder ins Parlament einziehen durften - waren.<sup>194</sup> Die anderen Parteien scheiterten an der Zehn-Prozent Hürde.

Das e-Memorandum schob die AKP in das Zentrum des politischen Spektrums. Die erste Schlussfolgerung, die AKP aus dem e-Memorandum zog, war die Wahl des Parlamentssprechers. Nach der Amtszeit von Bülent Arinç - ein Politiker, der die islamistische „nationale Sicht“ (Milli Görüş) vertreten hatte, nominierte die AKP den moderaten Mitte-Rechts-Politiker Köksal Toptan, der Später mit 450 Stimmen zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Eine weitere Folge war, dass die AKP für die Parlamentswahlen Kandidaten aus einem weiten Spektrum der Politik auswählte - darunter Sozialdemokraten, Liberalen, Ökonomen mit

---

<sup>193</sup> ebd, S. 31

<sup>194</sup> [www.bpb.de](http://www.bpb.de): Parlamentswahlen in der Türkei, In Hintergrund aktuell vom 23.07.2007

internationaler Erfahrung, alevitische Intellektuelle, Unternehmer und einige Frauen. Erdogan strich fast alle islamistisch geneigten Abgeordneten aus der Liste, mit dem Ziel die Diskussion um den Säkularismus seitens der Militärs zu besänftigen.<sup>195</sup>

Für dieses gute Wahlergebnis zu Gunsten der AKP kann ohne Zweifel die wirtschaftliche Entwicklung des Landes genannt werden, die in den Regierungsjahren der AKP jährlich zwischen sechs und neuen Prozentpunkten wuchs.

Abdullah Gül, erklärte darauf hin: Er könne die Botschaft des Wahlergebnisses nicht ignorieren und konnte schließlich mit der Unterstützung der MHP und DTP im dritten Wahlgang mit 339 Stimmen der Parlamentsabgeordneten zum Präsidenten gewählt werden.<sup>196</sup> Somit wurde er zum ersten Politiker an der Spitze des türkischen Staates, der aus dem religiösen Lager kommt. Gül bekräftigte nach seiner Vereidigung: „Er wolle Präsident aller Türken werden und werde die säkularen Grundsätze der Republik achten, zu denen auch die Religionsfreiheit gehöre.“<sup>197</sup>

## **5.6 Die Tagebucheinträge eines pensionierten Admirals**

Parallel zu den Präsidentschaftsdiskussionen zwischen den Militärs und der Regierung, drangen im April 2007 Informationen aus dem Tagebuch eines pensionierten Admirals, Özden Örnek. Es handelte sich dabei um einen Marinekommandeur, der in den Jahren 2003 und 2005 für das Militär tätig

---

<sup>195</sup> Mehmet Bardakçı 2008: Civil-Military Relations in Turkey under the AKP Government, In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2008, S. 31

<sup>196</sup> ebd, S. 31

<sup>197</sup> Artikel aus der Süddeutschen Zeitung „Gül zum neuen Präsidenten gewählt“ vom 28.08.2007

war. Der Zeitschrift „Nokta“ - „Punkt“ wagte, was sich noch kein anderes Blatt der Türkei bis dahin getraut hatte und veröffentlichte Enthüllungsgeschichten über die Armee: Schwarze Listen über unliebsame Journalisten, Instrumentalisierung von „zivilgesellschaftlichen Organisationen“ für eigene Zwecke und die Generäle im Jahr 2004 zwei Putschversuche gegen die AKP-Regierung geplant wurde. Aus diesen Tagebucheinträgen, die laut Staatsanwaltschaft tatsächlich von Örnek verfasst wurden. Die Tagebuchnotizen beinhalten, dass hochrangige Generäle, wie der Kommandant der Teilstreitkräfte Aytaç Yalman, Ibrahim Firtına, Özden Örnek und der als eigentlicher Drahtzieher geltende Kommandant der Gendarmerie Şener Eruygur im Zeitraum von 2003 bis 2004 Putschpläne ausgearbeitet haben und vorhatten die Regierung zu stürzen. Die Polizei die die Authentizität der elektronischen Tagebücher überprüft hatte, ermittelte, dass diese tatsächlich vom Computer des Kommandanten Örnek stammten. Im Rahmen der Ermittlungen verglich man die Einträge mit der Berichterstattung der Zeitschrift „Nokta“ und stellte eine Übereinstimmung fest. Laut Medienberichten zu folge haben zwischen den Generälen und Wirtschaftstreibenden, PolitikerInnen und Journalisten stattgefunden haben, bei denen General Eruygur „politische Projekte“ präsentiert haben soll. Diese Treffen sollen auch dazu genutzt worden sein, Kritik gegenüber Generalstabschef Özkök aufgrund seiner Haltung zur AKP-Regierung, zu äussern.<sup>198</sup> Die Putschpläne seien gescheitert, weil Generalstabschef Özkök diese nicht unterstütze und es zu Meinungsunterschiede unter den beteiligten Generälen kam.

---

<sup>198</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 25



## **5.7 Die Causa „Ergenekon“ und Verhaftung von Militärmitgliedern**

Im August 2007 fand man im Zuge der staatsanwaltlichen Untersuchungen, Handgranaten in einem Haus in Istanbul. Bei den Ermittlungen kam heraus, dass diese einer Geheimorganisation gehörten, deren Mitglieder sich „Ergenekon“ nannten. Die Mitglieder von „Ergenekon“ hatten das Ziel, einen Putsch gegen die gewählte Regierung zu unterstützen. Nach diesem Fund wurden mehr als 100 Personen verhaftet, darunter auch hochrangige pensionierte Militärkommandeure die bereits bei den Putschversuchen von 2003 bis 2004 involviert waren. Darunter auch Journalisten, Unternehmer und ehemalige Politiker, die mit Verbindungen zu der Geheimorganisation verdächtigt wurden.<sup>199</sup> Es wird vermutet, dass noch weitere Mitglieder, deren Zahl nicht bekannt ist, sich auf freiem Fuß befinden.

Der Prozess gegen die „Ergenekon“ Beschwörer begann am 20. Oktober 2008 und dauert heute noch an. Somit standen erstmal ranghohe Offiziere vor einem Zivilgericht. „In der 2455 Seiten umfassenden Anklageschrift werden die Angeklagten beschuldigt, für die meisten politischen Attentate in diesem Jahrzehnt verantwortlich zu sein. Zum Beispiel für die Ermordung des Staatsratsrichters Mustafa Yücel Özbilgin im April 2006 und den Anschlag auf die Zeitung „Cumhuriyet“ einen Monat später. In beiden Fällen sollten gelegte Fährten in islamistische Kreise führen. Die Waffen für die Attentate stammten aus zwei illegalen Waffenlagern, die die Polizei am 13. und 25. Juni 2007 im Istanbul Stadtteil Ümraniye und in der Stadt Eskisehir ausgehoben hat. Zudem stellten die Ermittler bei den Verhafteten zahlreiche

---

<sup>199</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S.

als „streng vertraulich“ klassifizierte Dokumente aus der Armeeführung sicher.“<sup>200</sup>

Darüber hinaus werden die Angeklagten damit beschuldigt, Attentate auf den Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, den Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk, mehrere kurdische Politiker, den armenischen Patriarchen Mesrob, den einflussreichen jüdischen Unternehmer Ishak Alaton, den Kolumnisten Fehmi Koru und vielen anderen Personen, geplant haben sollen. Unter anderem bestand der Verdacht, dass die Geheimorganisation folgende Morde initiiert hat: an dem katholischen Geistlichen Santoro 2006 in Trabzon, dem aus Armenien stammenden Intellektuellen Hrant Dink im Januar 2007 und auch an drei christlichen Missionaren in Malatya im April 2007.<sup>201</sup> Auch wollte man dem einflussreichen Prediger Fethullah Gülen<sup>202</sup>, mit Waffenunterschlebung belasten und so zum Terroristen erklären, um damit die Regierung von Tayyip Erdogan zu schwächen und schließlich zu stürzen.<sup>203</sup>

Medienberichten zufolge bestand offenbar „Ergenekon“ aus fünf Abteilungen: „Eine war als militärischer Arm für die Abwicklung der Attentate und die Verbindung zu Mitgliedern der Armee zuständig, eine zweite koordinierte die Kontakte zu staatlichen Institutionen, eine dritte zur Zivilgesellschaft. Andere unterhielten Kontakte mit der Mafia und zu Terrorgruppen. So soll der

---

<sup>200</sup> „Prozess gegen „Ergenekon“ Verschwörer beginnt“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.2008

<sup>201</sup> ebd.

<sup>202</sup> 1999 wurde in der Türkei eine angeblich zusammengeschnittene Rede veröffentlicht. In dieser Rede forderte Gülen seine Anhänger sich geheim zu halten, bis der Zeitpunkt für die Machtübernahme kommt. Die Rede wurde in den Medien veröffentlicht und Gülen setzte sich in den USA ab, um einer Verhaftung durch die Armee zuvorzukommen. Seitdem lebt er dort und reist auch nicht in die Türkei ein.

<sup>203</sup> Günther Seufert: „Ankara attackiert die Macht der Generäle“, In: Zeit Magazin vom 07.07.2009

„Arbeiter-Partei“-Vorsitzende Perincek, der sich wiederholt mit dem PKK-Gründer Öcalan getroffen hat, der Verbindungsmann der Bande zur PKK gewesen sein. Kontakte bestanden auch zur linksextremen Stadtguerrilla DHKP/C und zur türkischen Hizbullah. „Ergenekon“ finanzierte sich unter anderem über mafiahafte Geschäfte und den Drogenhandel.“<sup>204</sup>

Im Juni 2009 veröffentlichte die Tageszeitung „Taraf“ weitere bekannt gewordene Dokumente, die den Titel „Aktionsplan zum Kampf gegen die (islamistische) „Reaktion“ trugen. Die Dokumente fand man im Zuge der Ermittlungen gegen „Ergenekon“, im Büro eines Rechtsanwalts, der den pensionierten Oberst, der aufgrund seiner Mitgliedschaft bei „Ergenekon“ festgenommen wurde. Dieser „Aktionsplan“ zielte darauf ab, der AKP-Regierung Schaden zuzufügen und sie zu spalten. Diese Dokumente wurden vom Generalstab zu eine Fälschung erklärt, woraufhin die AKP die zivilen Staatsanwälte zu vertiefenden Recherche aufgerufen hat.

Diese Geschehnisse haben die AKP-Regierung dazu veranlasst, Gesetze zu verabschieden, die eine „Begrenzung der Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Pflichten von Angehörigen der Streitkräfte“ vorsah. Damit kamen sie auch der EU-Forderung nahe, die eine Strafverfolgung verlangten, wenn Militärangehörigen schwere Verbrechen begehen.<sup>205</sup>

---

<sup>204</sup> „Prozess gegen „Ergenekon“ Verschwörer beginnt“, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.2008

<sup>205</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S. 13

## 5.8 Das Referendum vom 12. September 2010

Zum 30. Jahrestag der Militärintervention vom 12. September 1980 stimmten die türkischen Wähler über ein Paket von Verfassungsänderungen ab, die unter anderem die Streichung von Artikel 15 vorsah und somit der Justiz erweiterte Befugnisse bei der Kontrolle der Armee ermöglichen sollte.

Das Referendum gilt als die weitreichendste Verfassungsreform seit Jahrzehnten. Das Änderungspaket sah 26 Änderungen in der Verfassung vor und das umstrittenste war die Einschränkung der politischen Macht der Militärs und eine Reformierung der Justiz. Premierminister Erdogan sah „die Reform als einen notwendigen Schritt beim Heranführungsprozess der Türkei an die EU.“<sup>206</sup> Die Reform sieht die Aufhebung der Immunität der ehemaligen Putschführer vor und ermöglicht gegen die noch lebenden Generäle eine Strafanzeige einzureichen.

Medienberichten zufolge, hatte die kurdische Partei „Barış ve Demokrasi Partisi“ BDP - „Friede und Demokratie Partei“ und die PKK zu einem Boykott der Wahl aufgerufen, weil die Reformen nicht die Interessen der kurdischen Bevölkerung berücksichtigten. Von der Polizei wurden mehr als 50 Menschen verhaftet, die kurdische Wähler mit Drohungen und Gewalt an der Stimmabgabe hindern wollten. In Mersin warfen mutmaßliche PKK-Anhänger einen Brandsatz auf das Auto eines Wählers, der zum Wahllokal gekommen war. Andere Wähler wurden aus Angst von Angriffen unter Polizeischutz in die Wahllokale gebracht und dabei von PKK-Anhängern mit Steinen beworfen.<sup>207</sup>

---

<sup>206</sup> „Türken entscheiden über die umstrittene Verfassungsreform, In: Der Standard vom 12.09.2010

<sup>207</sup> „Türken entscheiden über die umstrittene Verfassungsreform, In: Der Standard vom 12.09.2010

Kemal Kılıçdaroğlu, Chef der Oppositionspartei CHP konnte bei der Wahl keine Stimme abgeben, weil er vergessen hatte sich in Istanbul zu registrieren, was zu einer großen Verspottung in den türkischen Medien und von den AKP Anhängern führte.

Das gute Wahlergebnis überraschte selbst die AKP, den nur wenige hatten in der Partei einen derart deutlichen Vorsprung erwartet. Mit einer Wahlbeteiligung von 77,4 Prozent, gaben 57,9 Prozent der Wähler ein „JA“ zum Reformpaket ab.<sup>208</sup> Laut Politik Kommentatoren stärke dieses Ausmaß des Sieges den Premier Erdogan im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im 2011 und bedeute auch eine Verbesserung der türkischen Position bei den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen.

Das Ergebnis dieses Referendums hat zur Folge, dass der ehemalige Generalstabschef Kenan Evren für sein Vergehen zur Verantwortung gezogen wird. Evren hatte am 12. September 1980 die Regierung gestürzt und wird für den Tod von hunderten Menschen verantwortlich gemacht. Seit dem Referendum gehen von NGOs und links orientierten Parteien Klagen gegen ihn und zwei weiteren noch lebenden Junta-Mitgliedern Nejat Tümer und Tahsin Şahinkaya<sup>209</sup> ein. Der Vorwurf lautet: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Eine Anschuldigung die nicht verjährt. Kenan Evren kündigte zuvor schon an, dass er sich eine Kugel in den Kopf jagt, falls er vor Gericht gestellt wird.<sup>210</sup>

Ob die Kläger ihr Ziel erreichen, wird sich zukünftig herausstellen und so wie es aussieht noch lange die Innenpolitik der Türkei beschäftigen.

---

<sup>208</sup> [www.secim.haberler.com/2010/](http://www.secim.haberler.com/2010/) (Stand 07.10.2009)

<sup>209</sup> The Time Magazine hatte ihn einst als einer der „50 reichsten Generäle der Welt“ gelistet.

<sup>210</sup> „Angriff der Bürger auf die Putsch-Generäle“, In: Der Standard vom 21. September 2010

## 6. Transformation des Militärs

### 6.1 Faktoren die ihre Rolle bestätigen

#### 6.1.1 Zypernkrise

Die Wurzeln für die „Dauerkrise“ reichen ein Jahrhundert zurück. Im Jahre 1878 erwarb Großbritannien die Insel vom osmanischen Reich. Es war eine „Ausgleichszahlung für die türkische Wiedergewinnung dreier armenischer Provinzen, die es an Russland hatte abtreten müssen und die dann Dank Disraeli auf dem Berliner Kongress an die Türkei zurückfielen.“<sup>211</sup> Die Insel war bis zur britischen Kolonialherrschaft schon bereits seit der Antike von Griechen bewohnt. Nach Eroberung der Osmanen im 16. Jahrhundert fand man auch eine türkische Minderheit dort,<sup>212</sup> denen man nach der Unabhängigkeit 1960 gewisse Privilegien garantiert hatte. Als sich aber herausstellte, „dass die Inseltürken ihre politischen Sonderrechte vornehmlich dazu benutzen, die gesamte Regierungsarbeit zu torpedieren, kündigte Makarios<sup>213</sup> 1963 rigoros Beschneidungen der türkischen Autonomierechte an.“<sup>214</sup> Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen und es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände auf der Insel. Daraufhin zogen sich die türkischen Zyprioten aus den Regierungsgeschäften zurück und „es folgten Jahre der Spannung und der erfolglosen internationalen Lösungsversuche.“<sup>215</sup>

---

<sup>211</sup> Perry Anderson 2008: Nach Atatürk. Die Türken, ihr Staat und Europa, S. 118

<sup>212</sup> ebd, S. 119

<sup>213</sup>, Erzbischof Makarios war ein Geistlicher und zugleich Zypriotische Staatschef

<sup>214</sup> Brigitte Moser, Michael W. Weithmann 2002: Die Türkei, S.175

<sup>215</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 151

Auch nach der Stationierung der UNO-Friedenstruppen konnten die Entwicklungen nach 1964 nicht aufgehalten werden. „Es folgte eine Periode fataler ‚Enosis‘-Euphorie in Athen auf der zerbrechlichen Grundlage der recht fragwürdigen Doktrin des ‚nationalen Zentrums‘. Während der Athener Militärdiktatur (1967-1974) erlangte diese Doktrin eine sehr gefährliche Akzentuierung. Vom hellenischen Fiasko beim Gipfeltreffen an der griechisch-türkischen Grenze am 9. und 10. September 1967 unter Diktator Georgios Papadopoulos führte der Weg über die extremistische Aktivität verschiedener Untergruppen, vor allem der EOKA B, zum verbrecherischen Putsch Dimitrios Ioannidis‘ gegen Makarios am 15. Juli 1974.“<sup>216</sup>

Der Staatspräsident Makarios wurde gestürzt und flüchtete. Um einen Anschluss Zyperns an Griechenland zu verhindern, startete die türkische Armee noch im Juli 1974 eine Militärintervention, dass die Spannungen zwischen den beiden Ländern noch mehr verstärken sollte. Mit der Intervention gelang es den Türken, ihre Ansprüche gegenüber Griechenland verstärkt geltend zu machen. Dieser Schritt der Türken war juristisch gerechtfertigt.

Wenige Tage später konnte auf Vermittlung der UNO ein Waffenstillstand vereinbart werden und in Genf versuchten die Vertreter aller Parteien über eine Lösung des Konfliktes zu verhandeln. Doch die Verhandlung scheiterte sehr rasch und die Türkei setzte seine Offensive im Nordteil der Insel fort. Es gelang ihnen 37 Prozent der Insel unter Kontrolle zu bringen und vertrieben viele griechische Zyprioten aus diesem Gebiet.<sup>217</sup> Diese Militäraktion, stützte sich auf keinerlei völkerrechtliche Grundlagen und war die Ursache aller Probleme der Gegenwart.<sup>218</sup>

---

<sup>216</sup> ebd, S. 151

<sup>217</sup> Zuhail Nalbant 2001: Die Türkei als Schnittstelle zwischen drei konfliktreichen Großregionen, S. 51

<sup>218</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S, 151

Die Spannungen in der Ägäis und der Zypernkonflikt prägen schon seit Jahrzehnten die griechisch-türkischen Beziehungen und ist der Grund dafür, dass Griechenland immer wieder sein Veto gegen einen Beitritt der Türkei in die Europäische Union einsetzte.

Erst in den letzten Jahren kam es zu einer weitreichenden Kooperationspolitik auf beiden Seiten. 2005 schloss die Türkei ein Militärabkommen mit Israel ab, das weltweit Aufsehen erregte. Dieses Abkommen beinhaltet eine Zusammenarbeit im Bereich Luft- und Raumfahrt, Aerodynamik und erneuerbare Energien. Der wichtigste Vorteil den sich Türkei aus dieser Kooperation versprach, war der Waffenhandel mit Israel als Kompensation zu Waffeneinkäufen aus den USA. Außerdem versprach man sich damit einen hochinteressanten Technologietransfer, die Sicherstellung der Unterstützung der jüdischen Lobby in den USA.<sup>219</sup>

Diese Kooperation schürte in mehreren Staaten der Region gewisse Ängste und Besorgnisse. Griechenland sah sich dadurch gezwungen, eine Verteidigungskooperation mit Armenien einzugehen. Darüber hinaus beabsichtigt Griechenland noch ähnliche Verträge mit Iran, Irak und Syrien einzugehen. Das war die griechische Antwort auf die militärische Überlegenheit der Türkei.<sup>220</sup>

### **6.1.2 PKK: Eine eigene Kurdenproblematik des Militärs?**

Die „Kurdenfrage“ ist seit Mitte der achtziger Jahre als eines der wesentlichen Destabilisierungs-Faktoren der Türkei und die Ursachen dafür

---

<sup>219</sup> Fahri Türk 2006: Türkei - Israel. Eine fragile Beziehung, In: Eurasisches Magazin 07-06 am 30.07.2006

<sup>220</sup> Andrea K. Riemer 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 145



sind vielfältig.<sup>221</sup> Die Geschichte der „Kurdenfrage“ geht bis zur Gründung der türkischen Republik 1923 zurück, wo es zu den ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Staatsgewalt und den kurdischen Aufständischen kam. Atatürk ließ damals einen Kurdenaufstand niederschlagen und der Kurdenanführer wurde gehenkt.<sup>222</sup>

Die „Partiya Karkeren“ (PKK) - „Kurdische Arbeiter Partei“ wurde 1978 mit Abdullah Öcalan an der Spitze gegründet. Ihre größte Aktion fand am 15. August 1984 in Eruh und Şemdinli statt. Ziel war es, die PKK in der türkischen Öffentlichkeit durch Bombenanschläge bekannt zu machen. Mit den Anschlägen erreichten sie ihr Ziel und die türkischen Medien berichteten erstmals von der PKK und deren Führer Abdullah Öcalan, der auch unter dem Namen „Apo“ bekannt wurde.<sup>223</sup> Dieser Anschlag war auch der Beginn eines bewaffneten Kampfes gegen Ankara.

Die Türkei antwortete mit der Aufstellung von so genannten Dorfschützen<sup>224</sup> (türkisch: „Korucu“), und verhängte in weiten Teilen des türkischen Kurdengebietes das Kriegsrecht. Dieser Anschlag war auch das Todesurteil für rund 40.000 Menschen die bei den Gefechten und Gewaltaktionen mit ihrem Leben bezahlen mussten. Am 15. Februar 1999 wurde Öcalan beim Verlassen der griechischen Botschaft in Kenia von türkischen Agenten gefasst und in der Türkei inhaftiert. Zur Zeit verbüßt er eine lebenslange Haftstrafe auf der Gefängnisinsel Imralı.<sup>225</sup>

---

<sup>221</sup> Andrea K. Riemer 1999: Die Armee in der Türkei, In: Südost-Institut (Hrsg.) Südosteuropa Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 48. Jg, 9/1999 , S. 531

<sup>222</sup> Susanne Güsten 2009: die Kurdenfrage in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S. 22

<sup>223</sup> Muhittin Demiray 2001: Die regionale Außen und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal, S. 327

<sup>224</sup> Dorfschützer sind in der Türkei zur Abwehr von PKK-Guerillas von der Regierung bezahlte Dorfmilizen.

<sup>225</sup> Susanne Güsten 2009: die Kurdenfrage in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S. 22

Mit dem Regierungsantritt der AKP und deren Bemühungen für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, waren Reformen in Kurdengebieten unausweichlich, dass in erster Linie eine Sprachfreiheit für die Kurden bedeuten sollte. Einen Anspruch auf einen kurdischen Nationalismus lehnten die AKP, CHP und die Armee hingegen strikt ab.<sup>226</sup> Das Versprechen in den kurdischen Gebieten einen Wirtschaftsaufschwung zu erzielen, konnte die AKP jedoch nicht halten.

Trotz der noch vorhandenen Einschränkungen ist heute eine Chance für eine friedliche Beilegung des Konflikts besser als je zuvor. Zumindest gibt es bei der Regierung ein Umdenken, dass politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Schritte notwendig sind, um den Konflikt beizulegen.<sup>227</sup>

Auf der anderen Seite scheint, dass es wohl der militärischen Führungsspitze bewusst war, dass mit Ende des kalten Krieges auch die Militärs ihre Bedeutung als „Wacht am Bosphorus“ und ihre innenpolitische Funktion als „Schützer der Nation“ zu verlieren drohten. Ob aber tatsächlich die Armeeführung ihre dominierende Sonderstellung in der Gesellschaft zu erhalten versuchte,<sup>228</sup> „in dem sie bewusst ein neues Feinbild aufbaute und das Kurdenproblem mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Südosten als neue Staatsbedrohung zur Existenzrechtfertigung benutzte, ist nicht zu belegen. Eine gewisse zeitliche Koinzidenz fällt jedoch auf. Zu belegen ist dagegen, dass das Militär ab 1992 begann, eine eigene Kurdenpolitik zu betreiben, der nach 1996 eine rigorose Anti-Islamismuspolitik folgte.“<sup>229</sup>

In einer von überwiegend von Kurden bewohnten südostanatolischen Kleinstadt Şemdinli explodierte im November 2005 eine Bombe in einem Buchladen, bei dem ein Mensch ums Leben kam. Die mutmaßlichen Täter

---

<sup>226</sup> ebd, S. 25

<sup>227</sup> ebd, S. 26

<sup>228</sup> Franz Erhard: Wie demokratisch ist die Türkei?, In: [www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) (Stand 25.10.2010), S. 25

<sup>229</sup> ebd, S. 25

konnten noch vor ihrer Flucht gefasst und der Polizei übergeben werden. Es stellte sich heraus, dass es sich dabei um Angehörige der Armee handelte und das Fluchtauto der Gendarmerie gehörte. Die Verdächtigen sind trotz der erdrückenden Beweislage, kurz nach der Tat wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Diese Freilassung ist ein Paradebeispiel für die einflussreichen Mächte in der Armee<sup>230</sup> und wirft gleichzeitig die Frage auf, ob es nicht die türkischen Militärs sind, die zum Teil PKK Angriffe vorzutäuschen versuchen.

Der türkischer Politikwissenschaftler Idris Bal macht in seinem Interview mit „Der Standard“ eine gewagte Behauptung und meint, dass die Armee die Angriffe der PKK brauche. Auf die Theorie der türkischen Medien, dass die Armee eine gemeinsame Sache mit Teilen der PKK mache, stellt er folgendes fest:

„Der Vorwurf lautet, die Armee habe bei Angriffen der PKK auf militärische Außenposten in einigen Fällen absichtlich nicht ihre eigenen Soldaten verteidigt. (...) Dies sind alles bisher Behauptungen. Aber es ist klar, dass es Probleme innerhalb der Armee gibt. Der Eindruck, den man von Telefonmitschnitten zwischen hochrangigen Offizieren gewinnt, ist, dass sie die PKK schützen. Wir haben nicht ein Beispiel für diese angeblichen Verbindungen, sondern ein Dutzend. Das ist eine Folge der Demokratisierung in der Türkei. Wir haben heute Armeeangehörige, die an Menschenrechte und Demokratie glauben und sagen: Es reicht. Sie sind es, die Informationen an die Presse weitergeben. Wir wissen gleichwohl nicht, warum bestimmte Kreise in der Armee mit der PKK zusammenarbeiten sollten. Möglicherweise benutzen sie die PKK für den Drogen- oder Waffenhandel oder aber um die Innenpolitik zu manipulieren und Druck auf die Regierung auszuüben. Dafür brauchen sie die Angriffe der PKK.“<sup>231</sup>

---

<sup>230</sup> Cem Özdemir 2006: Die Armee gehört in die Kaserne, In: Südosteuropa Mitteilungen 03/2006, S. 47

<sup>231</sup> „Die Armee braucht die PKK“, In: Der Standard vom 08.09.2010

Die Behauptung vom Europaabgeordneten der Grünen Fraktion Cem Özdemir dazu ist: „Solange es nicht wieder zu einem Aufflammen des Terrorismus und einem Rückfall in die Zeit der militärischen Auseinandersetzungen zwischen PKK und türkischer Armee kommt, wird die Armee zunehmend Schwierigkeiten bekommen, in einer derart gewandelten Türkei für ihre Einflussversuche auf die Politik, das Verständnis oder die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.“<sup>232</sup>

---

<sup>232</sup> Cem Özdemir 2006: Die Armee gehört in die Kaserne, In: Südosteuropa Mitteilungen 03/2006, S. 51

## 6.2 Faktoren die ihre Rolle relativieren

### 6.2.1 Das Ende des kalten Krieges

„Here at the end of the twentieth century, quite unexpectedly, the world is being sharply buffeted by geopolitical change unparalleled in scope an any time since World War I. The collapse of communism and the dissolution of the Soviet Union have (...) brought the global Cold War to an end, unleashing waves of nationalism and separatism in many other states, of which Yugoslavia is only the most dramatic example. (...)

Turkey has been among those states most immediately affected by the changing environment in the region around it. Located in the geopolitical terms for so many decades in the southeastern corner of Europe, today Turkey lies at the centre of a rapidly involving new geopolitical region of Turkish peoples from Eastern Europe to Western China - a region in which it will be the central player. These geopolitical shifts, combined with Turkey's new prominence in international events, will have major impact on the way Turkey sees itself, deals with others, and is perceived by others.“<sup>233</sup>

Die Türkei war während des Kalten Krieges ein unverzichtbarer Verbündeter „der Westmächte als Flankenschutz bietender Eckpfeiler des westlichen Bündnissystems und Landriegel zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer.“<sup>234</sup>

Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges stellt die Bedeutung der Türkei als NATO-Eckpfeiler im Südost in Frage. Das Ende des Kalten Krieges bedeute auch den Rücktritt der militärischen Mächte in

---

<sup>233</sup> Andrea K. Riemer 1999: Die Armee in der Türkei, In: Südost-Institut (Hrsg.) Südosteuropa Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jg, 9/1999 , S. 520

<sup>234</sup> Muhittin Demiray 2001: Die regionale Außen und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal, S. 66

der internationalen Politik. Somit war auch das türkische Militär gezwungen, dass zuvor von Feinden umringt war und geopolitisch eine tragende Rolle für die USA bildete und der türkischen Bevölkerung den „Schutz von den Feinden“ gewährte, sein Selbstverständnis neu definieren.

Somit konnten auch die Ressourcen der türkischen Armee, dass als zweitstärkste Armee der NATO nach USA gilt, nicht gerechtfertigt werden. Der erste erkennbare Schritt dafür wurde mit der Reduzierung der Truppenstärke gemacht, in dem die Regierung 1992 die allgemeine Wehrpflicht von 18 auf 12 Monate herabsetzte. Zwei Jahre darauf war die Regierung gezwungen aufgrund dem starken Einsatz im Südosten der Türkei und im Nordirak die Wehrpflicht wieder auf 16 Monate zu verlängern.<sup>235</sup>

## **7. Militärische Einrichtungen**

### **7.1 MGK „Milli Güvenlik Kurulu“ - Der Nationaler Sicherheitsrat**

Der Nationaler Sicherheitsrat MGK (Milli Güvenlik Kurulu) war noch bis vor kurzem die zentrale Institution, über die das Militär seinen politischen Einfluss ausübte. Offiziell war die Rolle des MGK darauf beschränkt, die Regierung in Sicherheitsfragen zu beraten. Nach dem Putsch 1980 sollten mit der neuen Verfassung seine Kompetenzen so sehr ausgeweitet werden, dass das MGK ein der Regierung übergeordnetes Organ werden sollte. Die Empfehlungen, die vom MGK ausgesprochen wurden, hatten von der Regierung mit oberster Priorität behandelt zu werden.

---

<sup>235</sup> Franz Erhard: Wie demokratisch ist die Türkei?, In: [www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) (Stand 25.10.2010), S. 24

Staatliche Institutionen wie Ministerien waren gegenüber dem MGK faktisch rechenschaftspflichtig. Vor allem im Kampf gegen die PKK und gegen die vermeintliche Bedrohung durch den politischen Islam. In den letzten Jahren spielte der Nationale Sicherheitsrat eine entscheidende Rolle, in dem es bei den politischen Leitlinien des Landes mitbestimmte.<sup>236</sup>

„Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik gehören dem MGK der Ministerpräsident, der Verteidigungs-, der Innen- und der Außenminister, der Generalstabschef und die Kommandanten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie der Gendarmerie an, vier Zivilisten und fünf Generäle, bei vorausgesetzter Neutralität des Präsidenten. Eine Änderung dieser Zusammensetzung ist nur über eine Verfassungsänderung mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament möglich.“<sup>237</sup>

## **7.2 OYAK - Gründung eines Armeunternehmen**

Die OYAK (Ordu Yardımlaşma Kurumu) wurde im Jahr 1961 mit einer Gesetzesbestimmung vom Komitee der Nationalen Einheit gegründet. Es ist eine „Solidaritätseinrichtung“ der türkischen Armee und wurde in Form eines Holdings gegründet und hat sich im Laufe der Zeit neben Koç und Sabancı Holding zu einem der wichtigsten und größten Wirtschaftsunternehmen der Türkei entwickelt.

Die OYAK ermöglicht den Armeemitgliedern eine Freistellung von Steuern und Abgaben. Darüber hinaus stellt das Militärunternehmen den Angehörigen der türkischen Streitkräfte soziale Dienstleistungen, Kreditprogramme und

---

<sup>236</sup> Cem Özdemir 2006: Die Armee gehört in die Kaserne, In: Süd Ost Europa Mitteilungen 03/2006, S. 49

<sup>237</sup> Franz Erhard: Wie demokratisch ist die Türkei?, S. 24 In: [www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) (Stand 25.10.2010)

Rentenzahlungen zur Verfügung.<sup>238</sup> Das jährliche Giro beläuft sich auf fünf Milliarden US Dollar und ist Teilhaber von 28 verschiedenen Unternehmen von verschiedenen Wirtschaftssektoren, wie z.B. der Automobil-, Zement-, Chemie-, Bau-, Nahrungs- und Militärindustrie vertreten.

Auffällig ist, dass der Gewinn zwischen 1973 und 1974 und 1981 und 1982 verdoppelt werden konnte. Diese Erfolgjahre sind auf die Zeit zurückzuführen, in denen die Militärs selbst die Leitung des Landes inne hatten. Im Jahr 2006 machte OYAK einen Nettogewinn von 700 Millionen US - Dollar und beschäftigte rund 35.000 Mitarbeiter.<sup>239</sup>

Abgesehen davon arbeiten die größten Unternehmen hauptsächlich mit der Armee zusammen und genau diese Unternehmen stellen die Offiziere nach ihrer Pensionierung als „Berater“ ein. Dies ermöglicht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsunternehmen und den Militärs.<sup>240</sup>

Die Einnahmen setzen sich u. a. aus freiwilligen Mitgliedsbeiträgen der Armeebediensteten zusammen, die gleichzeitig eine Gewinnbeteiligung besitzen, das ihnen bei Pensionsantritt ausbezahlt wird.<sup>241</sup>

Mit der Gründung der OYAK hat die türkische Armee bewiesen, dass es neben den politischen auch wirtschaftliche Interessen bestehen, die sich mit dieser Gewinnerzielung auf jeden Fall bezahlt machen und den Militärs damit ermöglichen auch die türkische Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad zu kontrollieren.

---

<sup>238</sup> Sevil Bal, Arzu Onay-Ok 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU, S. 69

<sup>239</sup> Gerhard Schweizer 2008: Zerreißprobe zwischen Islam und Nationalismus, S. 67

<sup>240</sup> Muhittin Demiray 2001 : Die regionale Außen und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal, S. 94

<sup>241</sup> Sevil Bal, Arzu Onay-Ok 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU, S.142



## 8. Zusammenfassung

*„Egemenlik kayıtsız şartsız milletindir“*

„Dieser Satz stammt vom Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk und verziert die Wände von vielen staatlichen Einrichtungen in der Türkei. Es bedeutet nichts anderes, als dass die Souveränität im Lande bedingungslos vom Volke ausgeht bzw. auszugehen hat. Tatsache ist jedoch, dass dieser Satz, streng genommen, zu keinem Zeitpunkt die politischen Realitäten des Landes wiedergegeben hat. Die Türkei stand stets unter dem Damoklesschwert des Militärs, die entweder direkt eingegriffen und die Regierung gestürzt oder in das Geschehen mit Hilfe diverser Instrumente und Mechanismen interveniert hat. Dabei ging es nicht vorrangig darum, einzelne Maßnahmen und Schritte vorzuschreiben, sondern einen Gesamtrahmen für das politische Handeln vorzugeben und die Grenzen, innerhalb dessen sich die politischen Verantwortlichen zu bewegen hatten, zu definieren.“<sup>242</sup>

Die Geschichte der Türkei ist von etlichen Putschen und Putschversuchen geprägt. In Summe kam es zu drei Staatsstreichen und einem „postmodernen“ Putsch im Februar 1997, der gegen den politischen Islam gerichtet war. Das Militär griff immer dann ein, wenn ihrer Meinung nach, die Prinzipien Atatürk's gefährdet und der Fortbestand des Staates aufgrund chaotischer Zustände und Krisenentwicklungen nicht mehr gewährleistet schien. Die Armee verstand sich jedes Mal als „Hüter der laizistischen Verfassung“.<sup>243</sup> Der Stuttgarter Professor Heinrich Bechtold beschreibt in seinem Buch „Staaten ohne Nation“: „Atatürk ist sozusagen das Urbild aller Initiativen der Militärs, wenn andere Kräfte als die Armee für einen Neuanfang nicht mehr zur Verfügung standen. Atatürk ist aber auch Vorbild

---

<sup>242</sup> Hakan Akbulut 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, AP 60/2009, S. 39

<sup>243</sup> Hakan Alexander Karakaş 2005: Die Außenpolitik der Türkei im Zeitraum 1990 bis 2000, S. 96

für einen Akt der Revolution, der den Übergang in kontinuierliche Bahnen seines Staatswesens suchte, indem der Platz der Macht so bald als möglich einem Zivilregime mit breiter Partizipation eingeräumt und doch die Interventionsreserve beibehalten wurde, um die Zukunft auf dem einmal eingeschlagenen Kurs zu halten, also den Rückfall in eine Vergangenheit zu vermeiden.“<sup>244</sup>

Wenn man die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Türkei verstehen möchte, muss man sich zuerst über die besondere Rolle der Armee klar werden. Die „Republik Türkei“ wurde 1923 vom General Mustafa Kemal gewissermaßen vom Militär selbst ausgerufen. Das wird auch als Hauptursache dafür gesehen, warum die Armee sich immer wieder in die Politik einmischte. Die TSK identifiziert sich mit der Republik und sieht es als ihre Aufgabe, die kemalistischen Prinzipien, die von Atatürk festgeschrieben wurden, zu schützen und sah es immer als eine Selbstverständlichkeit in der Politik mitzumischen.

Die Funktion der Armee in der Türkei lag bisher nicht nur darin, äußere Bedrohungen abzufangen, sondern auch darin gegen innere Gefahren die den Laizismus bedrohen anzukämpfen. Im Laufe der Zeit variierten die so genannten Feinde. Mal sah man die Kommunisten als Feind, mal Separatisten und mal Islamisten.<sup>245</sup>

Die zivilmilitärischen Beziehungen der Türkei waren schon immer von einer Kombination von Kontinuität und Wandel geprägt. Trotz Gesetzesänderungen, die vor allem von der AKP-Regierung im Zuge vom EU-Heranführungsprozess seit 2004, durchgeführt wurden, haben den Einfluss der Militärs in die türkische Politik nicht gebremst.

---

<sup>244</sup> Kurt Bittel 1982: Mustafa Kemal Atatürk, 1881 - 1981 Vorträge und Aufsätze zu seinem 100. Geburtstag, S. 52

<sup>245</sup> Cem Özdemir 2006: Die Armee gehört in die Kaserne, In: Süd Europa Mitteilungen 03/2006, S. 49

Mit der Ausschaltung der PKK hat das Militär zunehmend Schwierigkeiten bekommen, in einer sich wandelnden Türkei Einfluss auf die Politik auszuüben. Auch wurde dadurch ihr Selbstverständnis und die Unterstützung durch die Bevölkerung geschwächt. Hinzu kamen Veröffentlichungen von Medien, in denen die TSK bei Angriffen der PKK auf militärische Außenposten, bewusst nicht gehandelt hat und ihren eigenen Soldaten beim Sterben zusah.

Es muss auch betont werden, dass bis vor drei Jahren eine offene Kritikausübung gegenüber dem Militär vermieden wurde, aus Angst mit den Militärs in Konflikt zu geraten. Die Zeitschrift „Nokta“ hat mit der Veröffentlichung der Tagebucheinträge eines ehemaligen Generals, den Anfang gewagt und seit her zerreißen sich die Medien den Mund und haben keine Scheu davor, offen Kritik über die Armee zu äußern.

Die Ereignisse der letzten Jahre und vor allem die Festnahmewelle gegen hochrangige Offiziere zeigen, dass die Militärs nicht mehr unantastbar sind. Der Generalstabschef ist nicht mehr in der Lage, mit einem Wort öffentliche Diskussionen, wo es um die eigentlichen Verpflichtungen der TSK geht, abzustellen.

Ohne Verfolgung der EU-Reformagenda hätte die AKP Schwierigkeiten gehabt, die zivilmilitärischen Beziehungen bzw. die Innenpolitik der Türkei zu normalisieren. Die EU-Reformagenda war für die AKP bedeutend und der einzige Weg die politische Einflussnahme des Militärs nachhaltig zu verändern.

Die Zeitung „Der Spiegel“ hat den Brigadegeneral des türkischen Militärs Haldun Solmaztürk, interviewt und unter anderem die Frage gestellt, welche Rolle die Armee künftig noch spielen wird. Solmaztürk's Antwort darauf war: „Sie wird nicht mehr direkt intervenieren, die Putsch-Zeiten sind vorbei. Aber

sie muss ihre Stimme erheben, sie muss sich besser mit der Öffentlichkeit und dem Volk verständigen.“<sup>246</sup>

Eine Vorhersage über die zukünftigen zivil-militärischen Beziehungen zu treffen ist schwierig. Diesbezüglich gibt es vorerst zwei „Theorien“:

1. Die Pessimisten behaupten, dass die politische Rolle des Militärs bestehen bleibt, solange unter den zivilen Eliten die Vorstellung herrscht, dass die Armee die eigentlichen Eigentümer des Landes sind. Eine Umfrage die im Jahre 2007 gemacht wurde, hat ergeben, dass ein Viertel der Befragten angegeben haben, dass Probleme eher durch das Militär als durch die gewählten Politiker gelöst werden sollen. An dieser Ansicht wird sich auch nichts ändern, solange ein großer Teil der Bevölkerung die Machtposition der AKP als eine Bedrohung für den Säkularismus sieht.
2. Die optimistische Theorie behauptet, dass das Militär mit der Einmischung in politische Angelegenheiten seine eigentlichen Aufgaben vernachlässigt und damit die Glaubwürdigkeit der TSK in der Bevölkerung gefährdet. Die Vertreter dieser Theorie sagen, dass es immer mehr Hinweise dafür gibt, dass es innerhalb der Armee ein Engagement in Richtung Demokratie und Gesetzestreue gibt. Die öffentlichen Debatten der letzten Jahre seien ein Beweis dafür. Die Untersuchungen im Ergenekon-Skandal und der Strafprozess gegen die noch lebenden Putschisten von 1980 lassen darauf hoffen, dass die TSK nicht länger Putschisten in ihren Reihen dulden.<sup>247</sup>

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich feststellen, dass es tatsächlich Gründe für einen Optimismus gibt. Der EU-Heranhführungsprozess schreitet wenn auch

---

<sup>246</sup> „Das Militär wurde überrumpelt“, In: Der Spiegel vom 07.08.2009

<sup>247</sup> Şahin Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: APuZ 39-40/2009, S. 14

nur langsam voran. Auch Ideologische Veränderungen innerhalb der AKP-Regierung, hat die Angst der Bevölkerung, dass die Islamisten die Macht ergreifen möchten besänftigt.

Das Ergebnis vom Referendum am 12. September 1980 zeigt, dass die türkische Bevölkerung die Reformen befürwortet und unterstützt. Für die zukünftige Rolle des Militärs wird das Referendum eine entscheidende Veränderung bringen. Immerhin wurden schon Zivilklagen gegen Junta-Mitglieder eingereicht, die bis vor kurzem in der türkischen Demokratie unvorstellbar waren.

## 9. Abkürzungsverzeichnis

AKP	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi)
ANAP	Mutterlandspartei (Anavatan Partisi)
AP	Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi)
CGP	Republikanische Vertrauenspartei (Cumhuriyetçi Güven Partisi)
CHP	Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi)
CIA	Central Intelligence Agency
CKMP	Nationale Partei Republikanischer Bauern (Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi)
DP	Demokratische Partei (Demokrat Parti)
DSP	Demokratische Linkspartei (Demokratik Sol Parti)
DTP	Partei für eine Demokratische Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi)
DYP	Partei des Rechten Weges (Doğru Yol Partisi)
EG	Europäische Gemeinschaft
EOKA B	Nationale Organisation zypriotischer Kämpfer (Ethniki Organosis Kyprion Agoniston)
EU	Europäische Union
FP	Tugendpartei (Fazilet Partisi)
HP	Populistische Partei (Halkçı Partisi)
MBK	Komitee der Nationalen Einheit (Milli Birlik Komitesi)
MDP	Nationalistische Demokratische Partei (Milliyetçi Demokrasi Partisi)
MGK	Nationaler Sicherheitsrat (Milli Güvenlik Kurulu)
MHP	Partei der Nationalen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi)
MNP	Partei der Nationalen Ordnung (Milli Nizam Partisi)
MSP	Nationale Heilspartei (Milli Selamet Partisi)
NATO	Nordatlantische Vertragsorganisation
NGO	Non-governmental Organisation
OYAK	Pensionsfond der türkischen Streikkräfte (Ordu Yardımlaşma Kurumu)

PKK	Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan)
RP	Wohlfahrtspartei (Refah Partisi)
RTÜK	Hoher Rat für Fernsehen und Radio (Radyo ve Televizyon Üst Kurulu)
SHP	Sozialistische Volkspartei (Sosyaldemokrat Halkçı Partisi)
SP	Wohlergehenspartei (Saadet Partisi)
TC	Republik Türkei (Türkiye Cumhuriyeti)
TIP	Türkische Arbeiterpartei(Türkiye İşçi Partisi)
TRT	Radio- und Fernsehanstalt der Türkei (Türkiye Radyo-Televizyon Kurumu)
TSK	Türkische Sicherheitskräfte (Türk Silahlı Kuvvetleri)
UNO	Vereinte Nationen
YÖK	Hochschulrat (Yükseköğretim Kurulu)
YTP	Neue Türkei Partei (Yeni Türkiye Partisi) (1961-1973)

## 10. Literaturverzeichnis

Ahmad, Feroz 2003: Geschichte der Türkei. Essen.

Akbulut, Hakan 2009: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei.  
Arbeitspapier 60/2009.

Alpay, Şahin 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: Aus  
Politik und Zeitgeschichte - APuZ 39-40/2009

Bal Sevil, Onay-Ok Arzu 2007: Der Beitritt der Türkei zur EU und die  
Situation der Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte. Akademische  
Schriftenreihe, Bd. V147615

Başgil, Ali Fuad 2008: 27. Mayıs İhtilali ve sebepleri 2006. Istanbul.

Bittel, Kurt 1982: Mustafa Kemal Atatürk, 1881 - 1981 Vorträge und Aufsätze  
zu seinem 100. Geburtstag. Heidelberg.

Catalcali, Bülent 1982: Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei.  
Heidelberg.

Demiray, Muhittin 2001 : Die regionale Außen und Sicherheitspolitik der  
Türkei in der Ära Özal (1983 - 1993). Hamburg.

Erhard, Franz: Wie demokratisch ist die Türkei?, In: [www.politische-  
bildung.de](http://www.politische-bildung.de) (Stand 25.10.2010).

Franz, Erhard 2003: Das Parteiensystem in der Türkei, Arbeitspapier Juni  
2003.

Günay, Cengiz 1999: Der Islam als politischer Faktor in der Türkei. Wien.



Güsten, Susanne 2009: die Kurdenfrage in der Türkei, In: Aus Politik und Zeitgeschichte - APuZ 39-40/2009.

Iyigüngör, Vildan 2009: Medyada Tanıklık: Türkiye’de Askeri Darbeler.  
Istanbul

Karakaş, Cemal 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, In. HSFK-Report 1/2007.

Karakaş, Hakan Alexander 2005: Die Außenpolitik der Türkei im Zeitraum 1990 bis 2000. Wien.

Karpat, Kemal H. 2010: Osmanlı’dan Günümüze Asker ve Siyaset. Istanbul.

Kuloğlu, Armağan; Şahin, Mustafa 2006: The Past and the Future of Civil-Military Relations in Turkey, In: Faltes, Sami; Sander, Jansen: Governance and the Military: Perspectives for Change in Turkey, Harmonie Paper 19/2006.

Lombardi, Ben 1997: Turkey. The Return of the Reluctant Generals, In: Political Science Quarterly.

Moser, Brigitte; Weithmann, Michael W. 2002: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten. Regensburg.

Nalbant, Zuhail 2001: Die Türkei als Schnittstelle zwischen drei konfliktreichen Großregionen. Wien.

Özdemir, Cem 2006: Die Armee gehört in die Kaserne. Über das Verhältnis von Militär und Politik in der Türkei, In: Süd Ost Europa Mitteilungen 03/2006.

Özkan, Hakan 2006: Zur Rolle des Militärs in der Türkei unter Berücksichtigung des Kemalismus. Wien.

Riemer, Andrea K. 1999: Die Armee in der Türkei, In: Südost-Institut (Hrsg.) Südosteuropa Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jg, 9/1999.

Riemer, Andrea K. 1998: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München.

Şahin, Alpay 2009: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, In: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 39-40/2009.

Şahinler, Menter 1997: Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität. Hückelhoven.

Schweizer, Gerhard 2008: Zerreißprobe zwischen Islam und Nationalismus. Stuttgart.

Serozan, Rona 1986: Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei. Frankfurt.

Türk, Fahri 2006: Türkei - Israel. Eine fragile Beziehung, In: Eurasisches Magazin 07-06 am 30.07.2006.

Weiher, Gerhard: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973; ein Beitrag zur Untersuchung der Rolle des Militärs in der Entwicklung der Dritten Welt. Opladen.

## **Internetquellen**

[www.belgenet.net](http://www.belgenet.net)

[www.verfassungen.eu](http://www.verfassungen.eu)

<http://www.cap-lmu.de>

<http://www.globaldefence.net/streitkraefte-der-welt/eurasien/231-tuerkei-turkey.html>

<http://www.msb.gov.tr/Birimler/MALIYE/html/doc/2009MALIRAPOR.pdf>

[www.tuerkei-recht.de](http://www.tuerkei-recht.de),

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

[www.secim.haberler.com/2010/](http://www.secim.haberler.com/2010/)

[www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de)

## **Online-Editionen der angegebene Zeitungen**

Süddeutschen Zeitung, [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, [www.faz.net](http://www.faz.net)

Zeit Magazin, [www.zeit.de](http://www.zeit.de)

Der Standard, [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

The Time Magazine, [www.time.com](http://www.time.com)

Der Spiegel, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

Die Welt, [www.welt.de](http://www.welt.de)

## Lebenslauf

**Name:** Emine Yildiz

**E-Mail:** [emine.menekse78@gmail.com](mailto:emine.menekse78@gmail.com)

**Geburtsdatum:** 25. 01. 1978 – Türkei

**Geburtsort:** Sincanli, Türkei

**Familienstand:** verheiratet

**Nationalität:** Österreich

**Ausbildung:** seit WS 1999/2000  
Studium der Internationalen Betriebswirtschaft und  
Politikwissenschaft an der Universität Wien

3 Jahre Höhere Tourismusschulen in Bad Ischl

3 Jahre Hotelfachschule in Bad Ischl

2 Jahre Hauptschule in Peuerbach

2 Jahre Hauptschule in Schärding am Inn

4 Jahre Volksschule in St. Florian

**Sprachkenntnisse:** Türkisch in Wort und Schrift (Muttersprache)

Englisch in Wort und Schrift

Deutsch in Wort und Schrift

## **Abstract**

Die Entwicklung des türkischen Staates hat seit seiner Gründung im Jahre 1923 eine einzigartige und zu gleich spannende Geschichte. Die Türkei verfolgt konsequent seit ihrer Staatsgründung eine Annäherung an den Westen. Unbestritten hat das Militär eine dominierende Rolle im politischen System der Türkei und beim demokratischen Fort- bzw. Rückschritt des Landes. Das türkische Heer versteht sich seit Jahrzehnten als „Hüter der Verfassung“ und die Generäle haben keine Scheu davor, jeweils direkt in den Jahren 1960, 1971 und 1980 in die politischen Geschehnisse einzugreifen, eine neue Verfassung zu erlassen und über Neuwahlen eine neue Regierung wählen zu lassen. Auch 1997 wurde mit dem erzwungenen Rücktritt der Erbakan Regierung ihr Einfluss erneut zur Geltung gebracht.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den geschichtlichen Ereignissen, die jeweils einem Putsch bzw. einem Putschversuch vorausgegangen sind. Das türkische Militär hat nach den jüngsten Geschehnissen einen Bedeutungswandel erlitten. Mittlerweile kann ihm nicht mehr die gleiche Rolle, wie bei der Republikgründung unter Mustafa Kemal Atatürk zugesprochen werden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben einiges an der Meinung der Türken geändert. Immerhin haben am 12. September 2010, 57,9 Prozent der Wähler ein „JA“ zur Verfassungsänderung abgegeben, dass auch eine Minderung der politischen Macht der Generäle vorsah. Welche Faktoren zu dieser Meinungsänderung geführt haben, werde ich in meiner Arbeit näher behandeln.

Die Arbeit ist ein Erklärungsversuch, was zu dieser Transformation des türkischen Militärs geführt hat, beziehungsweise was die neue Rolle des Militärs ausmacht.